

# Stenographisches Protokoll.

## 3. Sitzung der IV. Session der IV. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich.

Mittwoch, den 15. Dezember 1948.

### Inhalt.

1. Eröffnung durch den Präsidenten (S. 33).
2. Abwesenheitsanzeigen (S. 33).
3. Mitteilung des Einlaufes (S. 33).
4. Verhandlung:
  - Antrag, betreffend die vorläufige Regelung der öffentlichen Fürsorge, Berichterstatter: Abgeordneter Staffa (S. 33); Abstimmung (S. 34).
  - Antrag, betreffend die Errichtung einer eigenen Landarbeiterkammer für Niederösterreich (Antrag der Abgeordneten Endl, Bartik, Bachinger, Waltner, Wallig, Götzl und Genossen), Berichterstatter: Abg. Findner (S. 34), Redner: Abg. Dubovsky (S. 34), Abg. Staffa (S. 35), Abg. Endl (S. 35), Abg. Wondrak (S. 36); Abstimmung (S. 36), namentliche Abstimmung (S. 38).
  - Antrag, betreffend gesetzliche Maßnahmen zur Hebung der Viehzucht durch Bekämpfung von Abortus Bang und Trichomonaden, Berichterstatter: Abg. Mentasti (S. 36); Abstimmung (S. 36).
  - Antrag, betreffend Bewilligung von Überschreitungen der Voranschlagsansätze 1948, Berichterstatter: Abg. Kuchner (S. 36), Redner: Abg. Wondrak (S. 37), Abg. Zach (S. 38); Abstimmung (S. 38).
  - Antrag, betreffend den Landesvoranschlag 1949, Berichterstatter: Abg. Kuchner (S. 38).
  - Antrag, betreffend Abberufung des Vorstandes des Kontrollamtes für das Land Niederösterreich und Neubesetzung dieser Stelle, Berichterstatter: Abg. Findner (S. 42); Abstimmung (S. 43); Wahl und Angelobung des Vorstandes des Kontrollamtes für das Land Niederösterreich (S. 43).
  - Antrag, betreffend den Landesvoranschlag 1949 (Fortsetzung), Generaldebatte, Redner: Landesrat Haller (S. 43), Landesrat Genner (S. 46), Abg. Vesely (S. 49), Abg. Zach (S. 60).

PRÄSIDENT (um 11 Uhr 52 Min.): Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt; es ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt: Landeshauptmannstellvertreter Ingenieur Kargl und Abg. Kaufmann.

Ich habe das stenographische Protokoll der 9. Sitzung der II. Session der IV. Wahlperiode des Landtages von Niederösterreich vom 16. April 1947 auf die Plätze der Herren Abgeordneten auflegen lassen.

Ich ersuche um Verlesung des Einlaufes.

### SCHRIFTFÜHRER (liest):

Vorlage der Landesregierung, betreffend die Weitergeltung der Verordnung über Jugendwohlfahrt in der Ostmark vom 20. März 1940, RGBl. I, Seite 519, im Lande Niederösterreich.

Vorlage der Landesregierung, betreffend Errichtung von Hauptschulen in Vitis und Heiligeneich.

Vorlage der Landesregierung, betreffend Abberufung des Vorstandes des Kontrollamtes für das Land Niederösterreich.

Antrag der Abgeordneten Dr. Steingötter, Stern, Steirer, Staffa, Koppensteiner und Genossen, betreffend die Errichtung einer Straßenbrücke über den Traisenfluß in der Stadtgemeinde Herzogenburg.

Antrag der Abgeordneten Wondrak, Vesely, Nimetz, Sigmund, Reif und Genossen, betreffend die Erlassung gesetzlicher Bestimmungen über die Grundsteuerbefreiung von Neubauten.

Antrag der Abgeordneten Glaninger, Marchsteiner, Waltner, Bachinger, Dienbauer, Theuringer und Genossen, betreffend die Novellierung des Flurverfassungs-Landesgesetzes, LGBl. Nr. 208/34.

Antrag der Abgeordneten Mentasti, Gaßner, Koppensteiner, Traxler, Wondrak und Genossen, betreffend die Novellierung des Flurverfassungs-Landesgesetzes in der Richtung der obligatorischen amtswegigen Einleitung von Kommassationsverfahren und die Erstellung und Durchführung eines Kommassationsplanes.

PRÄSIDENT (nach Zuweisung des Einlaufes an die zuständigen Ausschüsse): Wir gelangen zur Beratung der Tagesordnung. Ich ersuche den Herrn Abg. Staffa, die Verhandlung zur Zahl 502 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. STAFFA: Namens des Fürsorgeausschusses habe ich über den Gesetzentwurf, betreffend die vorläufige Regelung der öffentlichen Fürsorge zu berichten. Durch die Okkupation im Jahre 1938 wurden in Österreich die gesetzlichen Bestimmungen des Bundesstaates Österreich auf dem Gebiete des Fürsorgewesens außer Kraft gesetzt und von den damaligen Machthabern das reichsdeutsche Fürsorgerecht in Österreich eingeführt.

Gemäß § 2 des Verfassungsgesetzes vom 1. Mai 1948, StGBI. Nr. 6, das sogenannte „Rechtsüberleitungsgesetz“ und Artikel 5 des

Gesetzes vom 10. Juli 1948, StGBI. Nr. 66, das sogenannte „Vorläufige Gemeindegesetz“, wurden diese ehemaligen reichsgesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete des Fürsorgewesens als österreichisches Recht in vorläufige Geltung gesetzt.

Im Bestreben, an Stelle dieser ehemaligen reichsrechtlichen Vorschriften ein einfaches, klares österreichisches Fürsorgerecht zu setzen, steht ein Bundesgrundsatzgesetz über die öffentliche Fürsorge in Ausarbeitung. Der Entwurf dieses Grundsatzgesetzes wird in nächster Zeit vom Bundesministerium für Inneres den Bundesländern zur Stellungnahme zugehen.

Nach Verlautbarung des Bundesgrundsatzgesetzes wird es den Bundesländern obliegen, hierzu die Landesausführungsgesetze zu erlassen.

In einer an alle Landesregierungen gerichteten Note des Bundesministeriums für Inneres vom 4. Oktober 1948, Zahl 113.047/8/48, wird mitgeteilt, daß die als österreichische Rechtsvorschriften in vorläufige Geltung gesetzten Bestimmungen des deutschen Fürsorgerechtes gemäß § 3, Absatz 2, des wieder in Geltung gesetzten Übergangsgesetzes vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des Bundesgesetzblattes Nr. 368/1925 vom 20. Oktober 1948 außer Kraft treten. Das Bundesministerium für Inneres schlägt zur Vermeidung eines gesetzlosen Zustandes auf dem Gebiete des Fürsorgewesens vor, bis zur Erlassung des erwähnten Fürsorgegrundsatzgesetzes des Bundes die noch in Geltung stehenden fürsorgerechtlichen Bestimmungen vom 21. Oktober 1948 an als landesgesetzliche Bestimmungen gemäß § 3, Absatz 2, des zitierten Gesetzes weiter gelten zu lassen.

Wenngleich die zur Begründung des eingetretenen gesetzlosen Zustandes vom Bundesministerium für Inneres angeführten Bestimmungen des Übergangsgesetzes nicht unter allen Umständen als stichhältig erachtet werden können, stellt der Fürsorgeausschuß folgenden Antrag (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der Entwurf (siehe Landesgesetz vom 15. Dezember 1948) eines Gesetzes über die vorläufige Regelung der öffentlichen Fürsorge wird genehmigt.

2. Die Landesregierung wird beauftragt, wegen Durchführung dieses Gesetzes das Erforderliche zu veranlassen.“

Ich bitte um Annahme.

PRÄSIDENT: Zum Wort ist niemand gemeldet, wir kommen zur Abstimmung (*Abstimmung über den Wortlaut des Gesetzes, über Titel und Eingang und über das Gesetz als*

*Ganzes sowie über den Antrag des Fürsorgeausschusses*): **A n g e n o m m e n.**

Ich ersuche den Herrn Abg. F i n d n e r, die Verhandlung zur Zahl 512 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. FINDNER: Hoher Landtag! Ich habe über den Antrag des Verfassungsausschusses, betreffend den Antrag der Abgeordneten Endl, Bartik, Bachinger, Waltner, Wallig, Götzl und Genossen, wegen Errichtung einer eigenen Landarbeiterkammer für Niederösterreich zu berichten.

Durch die Loslösung der niederösterreichischen Arbeiterschaft aus dem kammermäßigen Zusammenhang mit Wien und dem Burgenland ist auch die langgeforderte Errichtung einer eigenen Landarbeiterkammer für Niederösterreich in das aktuelle Stadium getreten.

Vor allem lassen es die arbeitsrechtlichen Verhältnisse im Lande Niederösterreich im allgemeinen und ihre Auswirkung auf den erwähnten Berufsstand im besonderen als dringlich erscheinen, die für Wahrnehmung, Förderung und Vertretung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der land- und forstwirtschaftlichen Dienstnehmer im Lande berufene Kammer für die Arbeiter und Angestellten in der Land- und Forstwirtschaft für Niederösterreich unverzüglich zu errichten. Demnach bedürfen auch die gesetzlichen Grundlagen der Errichtung dieser Berufsvertretung der ehesten Fertigstellung.

Der Verfassungsausschuß stellt daher folgenden Antrag (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die niederösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, die zur Errichtung der Landarbeiterkammer notwendigen gesetzlichen Grundlagen unverzüglich fertigzustellen und dem Hohen Landtag zur Beschlußfassung vorzulegen.“

Ich bitte um Annahme.

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort hat sich der Herr Abg. D u b o v s k y gemeldet; ich erteile es ihm.

Abg. DUBOVSKY: Hoher Landtag! Der vorliegende Antrag beinhaltet, daß für die Landarbeiter eine eigene Landarbeiterkammer geschaffen werden soll. Das bedeutet, daß die Landarbeiter der Großgrundbesitzer, die heute bereits ihre Vertretung in der Arbeiterkammer besitzen, aus dieser herausgenommen und einer eigenen Landarbeiterkammer eingeordnet werden sollen. Die Schaffung einer eigenen Landarbeiterkammer, über die man sich scheinbar schon geeinigt hat, bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die Kluft in wirtschaftlichen Fragen, die bereits heute zwischen den Landarbeitern und den Industriearbeitern besteht, nur noch mehr vergrößert werden soll.

Aus dem, was wir hier bisher über das zu schaffende Gesetz gehört haben, geht schon hervor, daß es sich dabei um eine neuerliche Benachteiligung der Landarbeiter handelt. Zum Unterschied von den übrigen Kammern soll bei der Landarbeiterkammer der Landeshauptmann das Recht erhalten, die Kammer aufzulösen und es soll diese Kammer, die aus 44 Mitgliedern besteht, nur dann die Möglichkeit haben, einen Antrag einzubringen, wenn wenigstens zwölf Mitglieder den Antrag unterstützen. Das zeigt schon, was man sich von der Arbeit dieser Landarbeiterkammer erhoffen kann.

Wir sind der Meinung, daß es den Interessen der Landarbeiter vollkommen entspricht, wenn sie eine gemeinsame Interessenvertretung mit den Industriearbeitern haben. Es soll niemand sagen, daß zwischen den Landarbeitern und den Industriearbeitern so große Unterschiede bestehen, daß eine einzige Kammer die Interessen beider nicht vertreten könnte. Ich glaube, der Unterschied zwischen einem Lebens- und Genußmittelarbeiter und einem Landarbeiter ist wesentlich geringer als der Unterschied zwischen einem Lebens- und Genußmittelarbeiter und einem Bergarbeiter; trotzdem finden diese beiden letzteren Kategorien ihre Interessenvertretung in einer Kammer.

Wir glauben daher, daß die Landarbeiter ihre Interessenvertretung in der bestehenden Arbeiterkammer finden können und sind daher nicht in der Lage, diesem Antrag unsere Zustimmung zu geben.

PRÄSIDENT: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Staffa.

Abg. STAFFA: Hoher Landtag! Durch das Arbeiterkammergesetz vom Jahre 1945 haben die Landarbeiter das erstmal eine gesetzmäßig verankerte Interessenvertretung erhalten. Dem Hohen Haus liegt nun ein Antrag vor, für die Landarbeiter eine eigene Kammer zu schaffen. Ich muß schon sagen, daß auch wir Sozialisten grundsätzlich auf dem Standpunkt stehen, daß wir die Notwendigkeit der Trennung und Aufspaltung der verschiedenen Kategorien der Arbeiterschaft auf keinen Fall einsehen können. Wir können nicht recht verstehen, daß man auf der einen Seite von den hohen Verwaltungskosten spricht, auf der anderen Seite aber durch Einbringung solcher Anträge gerade das verfolgt und das erreichen will, was man ansonsten immer vorgibt, verurteilen oder bekämpfen zu wollen.

Wir haben schon das Gefühl, daß man die Angelegenheiten eben nach parteipolitischer Zweckmäßigkeit behandelt. Weil man glaubt, daß man innerhalb der Landarbeiterschaft leichter eine Mehrheit in der Kammer im

eigenen Interesse zustande bringen kann, als man sie in der gemeinsamen Arbeiterkammer zustande bringen könnte, so ist man also jetzt darauf aus, hier eine eigene Landarbeiterkammer zu schaffen. Wir stehen, wie gesagt, grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß das weder im Interesse der Landarbeiter noch im Interesse der Gesamtarbeiterschaft gelegen ist.

Nun liegt aber die gesetzliche Grundlage so, daß auf Grund eines Urteiles des Verfassungsgerichtshofes die Ausführung auf dem Gebiete des Kammerwesens Landessache ist und daß daher der Landtag ein Ausführungsgesetz beschließen wird müssen. Trotz unserer grundsätzlichen Einstellung und obwohl wir nicht einsehen können, daß das unbedingt notwendig ist, wissen wir aber, daß wir es zufolge unserer Stärke nicht verhindern können, wenn Sie als Mehrheit des Hauses unbedingt eine Trennung zwischen der Arbeiterschaft in der Industrie und der Arbeiterschaft in der Landwirtschaft durchführen wollen. Wir können sie nicht verhindern, aber wir werden diesem Antrag die Zustimmung nicht geben, denn wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, wenn den Arbeitern ihre Interessenvertretung gewahrt werden soll, dann soll sie in einer einheitlichen Interessenvertretung gewahrt bleiben. *(Beifall links.)*

PRÄSIDENT: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg. ENDL.

Abg. ENDL: Hohes Haus! Ich glaube nach den Ausführungen meiner Vorredner noch etwas dazu sagen zu müssen. Wir haben in Niederösterreich soundso viele tausende und zehntausende versicherte und kammerzuständige Arbeiter gehabt, die lange Jahre einen Kampf führten um eine selbständige niederösterreichische Arbeiterkammer. Lange Jahre waren sie eingebaut mit ihren Interessen in die Kammer für Wien, Niederösterreich und das Burgenland. Es ist uns endlich gelungen, dieser niederösterreichischen Arbeiterkammer in diesem Haus die Selbständigkeit zu geben und die gesamte Arbeiterschaft Niederösterreichs ist für diese selbständige Kammer eingetreten. Ich glaube nicht, daß Sie hier die Meinung vertreten können, daß deshalb, weil die Kammerzuständigkeit für Niederösterreich von der für Wien abgetrennt wurde, die Arbeiterschaft von Niederösterreich eine Schlechterstellung erfahren hätte.

Genau dasselbe ist es auch bei der Frage der Landarbeiterkammer. Glauben Sie nicht, daß wir eine Schlechterstellung damit einführen wollen, wir wollen sie nur aus dem Grunde separieren, weil die Interessengebiete der Landarbeiter vollständig anders gelagert sind, als jene der Arbeiter bei der Industrie und

beim Gewerbe. (*Zwischenrufe des Abg. Dubovsky.*) Ich weiß schon, was Sie sagen wollen. Arbeiter sind sie in der Kammer für Niederösterreich und Arbeiter sind sie auch in der Kammer für Wien, für das Burgenland und überall. Letzten Endes hat auch der Gewerkschaftsbund seit eh und je sich damit vertraut gemacht, für die Errichtung einer eigenen Landarbeiterkammer einzutreten.

Wir haben es nach schweren Kämpfen durchgesetzt, die eigene Landarbeiterkammer in Niederösterreich zu errichten. Auch das Land hat das wirklich begrüßt und die Summen dazu bereitgestellt, bzw. in der letzten Budgetsitzung im Finanzausschuß über gemeinsames Eintreten der Vertreter aller drei Parteien die Erhöhung der Subvention erlangt.

Ich glaube, daß wir hier auf einer Linie gehen und uns nicht zerklüften, sondern die Arbeiterschaft gemeinsam höherführen wollen, aber jedenfalls muß es tragbar für die Allgemeinheit sein. (*Beifall rechts.*)

PRÄSIDENT: Zum Wort gelangt Herr Abg. Wondrak.

Abg. WONDRAK: Hohes Haus! Es wurde nun eine kurze Diskussion über einen Anforderungsantrag abgeführt, der ein Kapitel betrifft, das erst in der letzten Zeit sehr aktuell geworden ist. Es wird hier verlangt, daß die Neuerrichtung einer Landarbeiterkammer für das Land Niederösterreich durchgeführt wird. Ich weiß nicht, ob die Herren, die sich zum Wortführer dieses Antrages gemacht, und diejenigen, die diesen Antrag unterzeichnet haben, wirklich das Landvolk draußen gefragt haben, ob die Landarbeiter dazu ihre Zustimmung geben oder aber, wie ich meine, daß das vielmehr eine Sache der ÖVP ist, die aus politischen Erwägungen heraus die Trennung der Landarbeiter von den Industriearbeitern kammermäßig durchführen will. Diese Sache wird um so verdächtiger, wenn man die Unterschriften der Antragsteller liest, die, wie schon in einem Zwischenruf bemerkt wurde, durchwegs landwirtschaftliche Arbeitgeber sind, währenddem es sich hier um eine Kammer der landwirtschaftlichen Arbeitnehmerschaft handelt, in der ihre Interessen vertreten werden sollen. Dazu kommt noch, wenn diese Tendenz fortgesetzt wird, daß man diesen Unterschied zwischen der Industriearbeiterschaft und der Landarbeiterschaft immer noch mehr steigert und forciert. Damit werden Sie das Übel, das auf landwirtschaftlichem Gebiet vorliegt, nämlich die Leutenot auf dem Lande, überhaupt nicht beheben können. Die erste Voraussetzung dafür, daß unsere Bauern in der Zukunft Arbeiter haben, bildet das gleiche Arbeiterrecht in Stadt und Land. (*Beifall links.*)

Dazu wäre noch zu sagen, daß gar kein Bedürfnis seitens derjenigen, für die das Gesetz gemacht werden soll, vorhanden ist. Ich glaube weiter auch sagen zu können, daß es auch nicht im Interesse der Bauern liegt, daß auf diesem Gebiet eine derartige Gesetzesvorlage ausgearbeitet wird. Wir haben daher unsere grundsätzlichen Bedenken und können dieser Sache nicht zustimmen. (*Beifall links.*)

PRÄSIDENT: Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. FINDNER (*Schlußwort*): Ich bitte über den Antrag des Verfassungsausschusses abstimmen zu lassen.

PRÄSIDENT (*Abstimmung*): A n g e n o m m e n .

Ich bitte Herrn Abg. Mentasti, zur Zahl 472/1 zu berichten.

Berichterstatter Abg. MENTASTI: Hoher Landtag! Ich habe namens des Wirtschaftsausschusses über gesetzliche Maßnahmen zur Hebung der Viehzucht durch Bekämpfung von Abortus Bang und Trichomonaden zu berichten.

Die Erhebungen der Landesregierung haben ergeben, daß das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft bereits einen Bundesgesetzentwurf in dieser Richtung vorbereitet hat; außerdem wurden von der Landesregierung, ohne hierzu die gesetzlichen Grundlagen zu haben, die Tierärzte zu einer Schulung einberufen, um doch von fachmännischer Seite her schon jetzt alles zu veranlassen, um eine Ausbreitung dieser Seuchen zu verhindern.

Die Landesregierung hat hierüber Bericht erstattet, der Wirtschaftsausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt und unterbreitet nun folgenden Antrag (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Bericht der Landesregierung, betreffend gesetzliche Maßnahmen zur Hebung der Viehzucht durch Bekämpfung von Abortus Bang und Trichomonaden, wird zur Kenntnis genommen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

PRÄSIDENT (*Abstimmung*): A n g e n o m m e n .

Ich ersuche den Herrn Abg. Kuchner, die Verhandlung zur Zahl 509 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Ich habe namens des Finanzausschusses über die Vorlage der niederösterreichischen Landesregierung, betreffend Bewilligung von Überschreitungen der Voranschlagsansätze 1948, zu berichten.

Der Hohe Landtag wolle beschließen (*liest*):

„1. Die Ausgabentitel 3 bis 5, 7 und 8 des

Kapitels I, Allgemeine Verwaltung, sind untereinander und außerdem hinsichtlich Personal- und Sachaufwand gegenseitig deckungsfähig.

2. Bei folgenden Voranschlagsansätzen werden Überschreitungen bis zu den unten ausgewiesenen Beträgen bewilligt:

Ordentliche Ausgaben:

Kap. II, Tit. 2, § 1, Landeskrankenanstalt in Tulln . . . . .	S 349.000.—
Kap. II, Tit. 2, § 3, Kosten der Heilbehandlung Tuberkuloser in fremden Anstalten . . . . .	S 300.000.—
Kap. II, Tit. 2, § 4, Kosten der wirtschaftlichen Fürsorge für Tuberkulose . . . . .	S 200.000.—
Kap. III, Tit. 2, § 5, Landes-Kleinkinderkrankenhaus „Schwedenstift“ in Perchtoldsdorf . . . . .	S 115.000.—
Kap. III, Tit. 2, § 6, Landes-Kinderheilstätte in Krems an der Donau . . . . .	S 170.000.—
Kap. III, Tit. 3, § 1, Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Mauer-Öhling . . . . .	S 360.000.—
Kap. III, Tit. 3, § 2, Landes-Heil- und Pflegeanstalt in Gugging . . . . .	S 430.000.—
Kap. III, Tit. 4, § 1, Landes-Siechenanstalt in St. Andrä vor dem Hagentale . . . . .	S 80.000.—
Kap. III, Tit. 4, § 2, Landes-Siechenanstalt in Mistelbach . . . . .	S 70.000.—
Kap. IV, Tit. 2, § 1, Bezüge der Landes-Kindergärtnerinnen . . . . .	S 100.000.—
Kap. IV, Tit. 2, § 2, Dienstgeberbeiträge zur Krankenversicherung der Landes-Kindergärtnerinnen . . . . .	S 4.000.—
Kap. IV, Tit. 2, § 3, Notstandsauhilfen an Landes-Kindergärtnerinnen . . . . .	S 20.000.—
Kap. IV, Tit. 2, § 6, Bezüge der Landes-Kinderwärterinnen . . . . .	S 8.000.—
Kap. IV, Tit. 2, § 7, Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung der Landes-Kinderwärterinnen . . . . .	S 11.000.—
Kap. IV, Tit. 2, § 8, Notstandsauhilfen an Landes-Kinderwärterinnen . . . . .	S 16.000.—
Kap. IV, Tit. 4, § 1, Landes-Frauenberufsfachschule in Hollabrunn . . . . .	S 15.000.—
Kap. IV, Tit. 4, § 2, Landes-Berufsfachschule für das Eisen- und Stahl-gewerbe in Waidhofen an der Ybbs . . . . .	S 88.000.—
Kap. IV, Tit. 8, Stipendien für begabte Schüler . . . . .	S 160.000.—
Kap. IV, Tit. 2, Landeswirtschaftliche Landeslehranstalten . . . . .	S 320.000.—
Kap. VI, Tit. 8, Notstandsmaßnahmen, Schädlingsbekämpfung und Unterstützung aus Anlaß von Elementarschäden . . . . .	S 60.000.—
Kap. X, Tit. 2, § 2, Betriebskosten . . . . .	S 6.000.—
Kap. X, Tit. 2, § 6, Postsparkasse- und Bankspesen . . . . .	S 80.000.—

Ausgaben für den Wiederaufbau:

Kap. I, Tit. 3, § 22, Instandhaltung der Amtsgebäude und Amtsräume:	
b) für das Amtsgebäude in Wien I, Herrngasse 11 . . . . .	S 21.500.—
c) für das Amtsgebäude in Wien I, Herrngasse 13 . . . . .	S 10.000.—
Kap. II, Tit. 2, § 1, Landes-Krankenanstalt in Tulln . . . . .	S 7.000.—

3. Die sich infolge des Lohn- und Preisabkommens vom September 1948 ergebenden Überschreitungen der Ansätze des Voranschlages 1948 werden genehmigt.“

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

Darf ich bitten, dazu Stellung zu nehmen und den Antrag des Finanzausschusses anzunehmen.

PRÄSIDENT: Zum Wort ist niemand gemeldet. (Abg. Wondrak: Ich bitte um das Wort!) Ich bitte die Herren Abgeordneten, die Wortmeldungen schriftlich vorzunehmen. Ausnahmsweise erteile ich jetzt noch das Wort dem Herrn Abg. Wondrak.

Abg. WONDRAK: Hoher Landtag! Wir bekommen hier eine Vorlage des Finanzausschusses, dahingehend, daß wir Nachtragskrediten in der Höhe von rund 3 Millionen

Schilling unsere Zustimmung geben sollen. Wir bestreiten nicht, daß darunter einige Posten sind, deren Dringlichkeit die Entwicklung im Jahre 1948 ergeben hat. Wir möchten aber doch auf eines aufmerksam machen. Das Budgetrecht des Landtages kann natürlich nicht in der Form eingeschränkt werden, daß immer wieder eine ganze Serie von Ausgabenposten ganz wesentlich überschritten wird. Es ist doch eine demokratische Norm, daß, wenn die präliminierten Posten nicht ausreichen, seitens der zuständigen Referate und besonders seitens des Landesfinanzreferenten an den Landtag herangetreten wird, um die erforderlichen Summen vorher zu bewilligen, sonst wird das Beschluß- und Budgetrecht des Landtages zu einer Farce.

Noch schlechter ist es, wenn man erst auf Grund der Arbeiten des Finanzkontrollaus-

schusses feststellt, daß diese Ausgaben ganz ungerechtfertigt gemacht worden sind. Wir würden daher sehr bitten, daß wir in Zukunft von solchen großen Überschreitungen und Nachtragskrediten verschont bleiben und daß die niederösterreichische Landesregierung und der Herr Landesfinanzreferent dafür Sorge tragen, daß schon vorher, bevor noch die Überschreitungen vorgenommen werden, die Zustimmung des Landtages eingeholt wird. *(Beifall links.)*

PRÄSIDENT: Das Wort hat Herr Abgeordneter Z a c h.

Abg. ZACH: Meine sehr geehrten Frauen und Herren des Hohen Landtages! Mein Vordner hat ausgeführt, daß es das höchste Recht des Landtages ist, die Ausgaben des Landes zu bewilligen. Das ist ein Grundsatz, der überhaupt nicht angezweifelt werden kann und auch von niemandem angezweifelt wird. Ich spreche zu diesem Gegenstand nur, weil sonst der Eindruck hinterlassen werden könnte, daß wir — sagen wir — die pflichtgemäße Obsorge vernachlässigt haben. Unter normalen Verhältnissen ist es selbstverständlich, daß alle Überschreitungen rechtzeitig durch den Landtag bewilligt werden. Ich glaube aber doch, daß im laufenden Jahr ganz außerordentliche Verhältnisse vorgeherrscht haben.

Ein praktisches Beispiel: Ein Bau wurde vergeben. Die Arbeiten sind bereits bis zu einem gewissen Grad fortgeschritten. Nun sind die Löhne gestiegen und die Preise für die Rohstoffe wurden auch erhöht. Daher war es nicht immer möglich, daß die Finanzverwaltung, bzw. das Finanzreferat die endgültigen Summen rechtzeitig bekommt; diese endgültigen Summen werden ja erst bei der endgültigen Abrechnung des Bauvorhabens bekannt sein. Ich denke da hauptsächlich an die Krankenhäuser. Daher sage ich, ja, es ist unbedingte Pflicht der zuständigen Stelle, wenn sie voraussieht oder davon Kenntnis erhält, daß Überschreitungen notwendig sind, sofort die Zustimmung des Landtages einzuholen. Wenn sich aber die Überschreitungen erst zwei oder drei Monate nach Bewilligung der Ausgaben für diese oder jene Angelegenheit ergeben, dann kann die Landesfinanzverwaltung oder das Finanzreferat nicht schon vorher um die Bewilligung nachsuchen.

Wir wünschen also, daß dieser Grundsatz eingehalten wird; es wäre aber unrecht, aus der jetzigen Tatsache irgend jemand einen Vorwurf zu machen. Das oberste Gebot einer Körperschaft, wie sie der Landtag darstellt, muß sein, die bestehenden Verhältnisse gerecht zu beurteilen und aus dieser gerechten Beurteilung die Schlußfolgerung zu ziehen. Wir wer-

den daher nicht nur für die Bewilligung dieser Überschreitungen stimmen, sondern auch noch dazu bemerken, daß unserer Meinung nach unter den gegebenen Verhältnissen kein anderer Ausweg möglich war. *(Beifall rechts.)*

PRÄSIDENT: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Abg. KUCHNER *(Schlußwort)*: Ich bitte das Hohe Haus, der Vorlage der niederösterreichischen Landesregierung über die Überschreitungen zuzustimmen. Ich bitte um Abstimmung.

PRÄSIDENT *(Abstimmung)*: A n g e n o m m e n.

Da mir mitgeteilt wurde, daß das Abstimmungsergebnis zur Zahl 512, betreffend die Errichtung einer eigenen Landarbeiterkammer, angezweifelt wird, ordne ich nach § 52 der Geschäftsordnung die namentliche Abstimmung an *(Der Vorstand der Landtagskanzlei, Hofrat Dr. Wimmer, verliest nun die Namen der Abgeordneten, worauf jeder der Aufgerufenen mit „ja“, bzw. „nein“ antwortet:)* Bachinger: ja; Bartik: ja; Bogenreiter: ja; Buchinger: nein; Denk: ja; Dienbauer: ja; Dießner: nein; Dubovsky: nein; Endl: ja; Etlinger: ja; Ficker: nein; Findner: ja; Gaßner: nein; Genner: nein; Haller: ja; Haslinger: ja; Hölzl: nein; Klinger: nein; Koppensteiner: nein; Kren: nein; Kuchner: ja; Legerer: ja; Marchsteiner: ja; Mentasti: nein; Mitterhauser: ja; Naderer: ja; Nimetz: nein; Popp: nein; Reif: nein; Reither: ja; Dr. Riel: ja; Romsy: ja; Schöberl: ja; Schwarzott: ja; Sigmund: nein; Staffa: nein; Steinböck: ja; Dr. Steingötter: nein; Steirer: nein; Stern: nein; Tesar: ja; Theuringer: ja; Traxler: nein; Vesely: nein; Wallig: ja; Waltner: ja; Wondrak: nein; Zach: ja; Zettel: nein).

PRÄSIDENT *(nach Stimmzählung)*: Nach Vornahme der namentlichen Abstimmung auf Grund der Geschäftsordnung stelle ich fest, daß 26 Stimmen für und 23 Stimmen gegen den Antrag auf Errichtung einer Landarbeiterkammer für Niederösterreich sind. Ich wiederhole somit, daß der Verfassungsaus-schufsantrag angenommen ist.

Ich möchte bitten, in Hinkunft bei den Abstimmungen deutlich die Hand zu erheben! *(Landeshauptmannstellvertreter Popp: Und besser zu zählen, das ist die erste Mahnung!)*

Wir gelangen zur Zahl 510 der Tagesordnung, zur Beratung des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 1949. Ich ersuche den Herrn Berichterstatter K u c h n e r, zu berichten.

Berichterstatter Abg. KUCHNER: Hohes Haus! Es obliegt mir die ehrende Aufgabe, Ihnen, geehrte Damen und Herren des Hohen

Hauses, im Auftrag des Finanzausschusses über den Landesvoranschlag 1949 zu berichten.

Unaufhaltsam fast möchte man sagen, klettern die Budgetziffern in die Höhe. Der Gesamtvoranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1949 sieht

Ausgaben von S 298,702.500.—

Einnahmen von S 282,045.700.—

mithin einen Abgang von S 16,656.800.—

vor. Soweit lautet der Gesamtvoranschlag. Der ordentliche Voranschlag gliedert sich in

Ausgaben in der Höhe von S 227,337.100.—

in Einnahmen von S 210,680.300.—

und ergibt sich mithin ein

Abgang von S 16,656.800.—

Der außerordentliche Voranschlag sieht

Ausgaben in der Höhe von S 32,072.800.—

und der Wiederaufbauvor-

anschlag Ausgaben in der

Höhe von

S 39,292.600.—

vor.

Die Einnahmen ergeben sich wieder aus den Ertragsanteilen des Landes nach den Grundsätzen des Finanzausgleiches 1948 mit Ausnahme einer neuen Regelung im Aufteilungsschlüssel an den Ertragsanteilen der Kraftfahrzeug- und Mineralölsteuer. Nach Annahme des Bundesministeriums für Finanzen ist mit einer Mehreinnahme von 37 Millionen Schilling zu rechnen. Diese ist begründet durch die zu erhoffende Produktions- und Umsatzsteigerung.

Diesen für die Wirtschaft des Landes willkommenen Mehreinnahmen stehen jedoch nicht unbedeutende, ja diese sogar übersteigende Mehrausgaben gegenüber. Der im Jahre 1949 zu erwartenden Steigerung der ordentlichen Einnahmen um rund 30% steht eine Steigerung um rund 40% der mit diesen Einnahmen zu bedeckenden ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben gegenüber. Diese Ausgabensteigerung ist einerseits auf die erhöhten Personal- und Sachaufwendungen infolge des Preis- und Lohnabkommens vom September 1948 zurückzuführen, andererseits ist sie durch die bei fast allen Verwaltungszweigen gestellten Mehranforderungen bedingt. Einen besonderen Anteil an den letztgenannten Mehranforderungen gegenüber 1948 haben die ordentlichen Ausgaben für das Gesundheitswesen mit 4,9 Millionen Schilling, das Fürsorgewesen mit 5 Millionen Schilling, das Schulwesen mit 3,2 Millionen Schilling, die Landeskultur mit 4 Millionen Schilling, die Straßen- und Brückenbauten mit 29,8 Millionen Schilling, die Wasserbauten mit 2,2 Millionen Schilling, weiter die Vorsorge für den Schuldendienst des Landes mit 3,5 Millionen Schilling und schließlich die aus dem ordent-

lichen Etat in Form der Bildung einer Rücklage veranschlagte Mehrausgabe von rund 6,3 Millionen Schilling für die teilweise Bedeckung der Erfordernisse des außerordentlichen Voranschlages. Diesen über die Mehrausgaben aus dem neuen Lohn- und Preisabkommen hinausgehenden Mehransprüchen konnte im Rahmen der veranschlagten Mehreinnahmen von rund 50 Millionen Schilling Rechnung getragen werden.

Schon die bei den angeführten Verwaltungszweigen sich ergebenden und wegen ihrer zwingenden Notwendigkeit unerläßlichen Ausgabenerhöhungen haben zur Folge, daß das Gleichgewicht im Voranschlag für 1949 nicht vollständig hergestellt werden kann. Der Voranschlag weist in seiner ordentlichen Gebarung immerhin einen unbedeckten Abgang von rund 16 Millionen Schilling aus. Wenn auch dieser Abgang im Verhältnis zum Gesamtaufwand des Voranschlages von rund 298 Millionen Schilling nicht als übermäßig hoch bezeichnet werden kann, so wird es doch steter Aufmerksamkeit bedürfen, um im Jahre 1949 diesen Abgang auszugleichen. Der Ausgleich in der tatsächlichen Gebarung wird entweder durch Mehreinnahmen oder durch Ersparungen bei den ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben geschaffen werden können. Ob nun bei den zur Zeit bestehenden Wirtschaftsverhältnissen Mehreinnahmen bei den Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben, der hauptsächlichen Finanzquelle des Landes, erwartet werden können, kann nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden. Es werden daher bei den Ausgaben, und zwar schon zu Beginn des Verwaltungsjahres 1949 Maßnahmen Platz greifen müssen, dahingehend, daß die Ausgabenkredite des ordentlichen und außerordentlichen Voranschlages, insbesondere jene des freien Ermessens, nur nach Maßgabe der jeweils während des Jahres eingehenden Einnahmen in Anspruch genommen werden dürfen. Punkt 8 der Anträge trägt dieser Notwendigkeit Rechnung. Diese Maßnahmen werden nicht zu umgehen sein, da Stockungen in der Kassengebarung des Landes während des Jahres 1949 unter allen Umständen vermieden werden müssen.

Der ausgewiesene Abgang von rund 16 Millionen Schilling ergibt sich, wie bereits erwähnt, außer der Ursache der Steigerung der ordentlichen Ausgaben an sich, auch dadurch, daß im ordentlichen Voranschlag in Form der Bildung einer Rücklage für eine teilweise Bedeckung der Ausgaben des außerordentlichen Voranschlages vorgesorgt wurde. Der gleiche Vorgang wurde auch im Jahre 1948 beobachtet. Da aber, wie bei den ordentlichen Ausgaben, auch bei den außerordentlichen Aus-

gaben gegenüber dem Jahre 1948 ein Mehrbedarf von rund 12 Millionen Schilling angemeldet wurde, die wegen der Notwendigkeit ihrer Bereitstellung in den Voranschlag 1949 aufgenommen werden mußten, war der Ausgleich des außerordentlichen Voranschlages nach Berücksichtigung seiner teilweisen Bedeckung durch eine aus dem ordentlichen Etat gebildete Rücklage von rund 22 Millionen Schilling nur durch die Veranschlagung eines aufzunehmenden Darlehens von 10 Millionen Schilling möglich. Somit verschlechtert sich die Finanzlage des Landes im Jahre 1949 gegenüber dem Vorjahr insofern, als es im Jahre 1948 möglich war, mit den ordentlichen Einnahmen den Bedarf des ordentlichen und außerordentlichen Voranschlages bis auf einen Abgang von 8,7 Millionen Schilling zu decken, wogegen im Jahre 1949 dies nur unter Zuhilfenahme eines Darlehens zu erreichen ist.

Der Wiederaufbauvoranschlag wies im Jahre 1948 einen Aufwand von 35 Millionen auf, 1949 hingegen einen solchen von 39,3 Millionen. Hievon entfallen 26,3 Millionen allein auf Straßen- und Brückenbauten. Die Finanzierung der Wiederaufbauausgaben des Jahres 1949 muß im Darlehenswege erfolgen, da trotz wiederholter Vorstellungen der Bund dem Lande Niederösterreich bisher keine Mittel für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt hat. Das Land Niederösterreich hat bisher somit keine finanzielle Hilfe für sein Wiederaufbauprogramm von seiten des Bundes bekommen, die hierfür notwendigen Kosten wurden aus eigenem getragen.

Seit der Befreiung des Landes wurden inklusive der Ausgaben des Wiederaufbauvoranschlages 1948 für Zwecke des Wiederaufbaues zusammen 53,3 Millionen Schilling aufgewendet. Dieser Betrag erhöht sich um die für 1949 vorgesehenen Ausgaben für den Wiederaufbau auf rund 92,5 Millionen Schilling.

Diese ganz bedeutende Summe wurde hauptsächlich durch Darlehen aufgebracht. Ob es aber in der Zukunft möglich sein wird, die restlose Beseitigung der Kriegs- und Nachkriegsschäden durch die Aufnahme neuer Schulden zu finanzieren, sei dahingestellt. Sicher ist, daß sich die Schuldenlast des Landes aus dem Titel des Wiederaufbaues, der Verstaatlichung der Elektrizitätswirtschaft, der Durchführung von Aufgaben in den Randgemeinden und der Errichtung einer Landes-Krankenanstalt in Wien in der Finanzgebarung schwer fühlbar macht. Der Gesamtschuldenstand des Landes beläuft sich derzeit auf rund 66 Millionen Schilling, der sich durch den Voranschlag für 1949 auf rund 115 Millionen erhöhen wird. Der Zinsen- und Tilgungsdienst hierfür wird in den kommenden Jahren 7 bis 8 Millionen Schilling betragen.

Der Tenor der Aussprache im Finanzausschuß — wenn ich ihn hier verdolmetschen darf — lag darin, daß auch in der öffentlichen Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft die Sorgfalt des ordentlichen Kaufmannes zu beobachten ist. Strengste Sparsamkeit muß oberstes Gebot bei der Führung der Landesverwaltung sein.

Hoher Landtag! Ich darf Ihnen nun den Antrag des Finanzausschusses über die Vorlage der Landesregierung, betreffend den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1949 zur Verlesung bringen (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der Bericht der niederösterreichischen Landesregierung zum Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1949 und die darin angeführten Grundsätze für die Bewirtschaftung der Voranschlagskredite sowie die hierzu vorgeschlagenen Verwaltungsmaßnahmen werden genehmigt.

2. Die Ansätze des Voranschlages werden wie folgt ergänzt oder abgeändert:

#### Ordentlicher Voranschlag

#### AUSGABEN

#### Kapitel VI, Landeskultur

a) Titel 5, § 4, Beiträge zu den Kosten für Wasserversorgungen, Erhöhung von 1,090.000 S um 200.000 S auf . . . . .	S	1,290.000.—
b) Titel 5, § 5, Beiträge zu den Kosten für Kanalisierungen, Erhöhung von 300.000 S um 100.000 S auf . . . . .	S	400.000.—
c) Kapitel VI, Ausgaben (Summe), Sachaufwand, Erhöhung von 14,954.800 S um 300.000 S auf . . . . .	S	15,254.800.—
d) Kapitel VI, Ausgaben (Summe), Zusammenspalte, Erhöhung von 15,513.000 S um 300.000 S auf . . . . .	S	15,813.000.—
e) Kapitel VI, Nettoausgaben, Erhöhung von 13,323.200 S um 300.000 S auf . . . . .	S	13,623.200.—

Kapitel XII, Verschiedene Ausgaben

a) Titel 3, § 1, Förderungsbeitrag für die Kammer für Arbeiter und Angestellte in Niederösterreich, Erhöhung von 200.000 S um 300.000 S auf . . . . .	S	500.000.—
b) Titel 3, § 2, Beitrag für Gemeindevertreterverbände, Erhöhung von 150.000 S um 150.000 S auf . . . . .	S	300.000.—
c) Kapitel XII, Ausgaben (Summe), Sachaufwand, Erhöhung von 600.000 S um 450.000 S auf . . . . .	S	1,050.000.—
d) Kapitel XII, Ausgaben (Summe), Zusammenspalte, Erhöhung von 7,400.000 S um 450.000 S auf . . . . .	S	7,850.000.—
e) Kapitel XII, Nettoausgaben, Erhöhung von 7,394.900 S um 450.000 S auf . . . . .	S	7,844.900.—

3. Der ordentliche Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1949 wird mit Ausgaben von . . . . . S 227,337.100.—  
und Einnahmen von . . . . . S 210,680.300.—

mithin mit einem Abgang von . . . . . S 16,656.800.—  
genehmigt.

4. Der außerordentliche Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1949 wird mit Ausgaben von . . . . . S 32,072.800.—  
genehmigt.

Die Bedeckung dieser Ausgaben

durch eine Rücklage bis zum Höchstbetrag von . . . . S 22,072.800.—  
aus dem ordentlichen Voranschlag und durch ein ver-  
zinsliches Darlehen (Anleihe) von zusammen höchstens S 10,000.000.—,  
insgesamt daher mit . . . . . S 32,072.800.—  
wird genehmigt.

5. Der Wiederaufbauvoranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1949 wird mit Ausgaben von . . . . . S 39,292.600.—  
genehmigt.

Die Bedeckung dieser Ausgaben durch verzinsliche Darlehen (Anleihen) bis zum Höchstbetrag von . . . . . S 39,292.600.—  
wird genehmigt.

6. Der Gesamtvoranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 1949 wird mit Ausgaben von . . . . . S 298,702.500.—  
und mit Einnahmen von . . . . . S 282,045.700.—

mithin mit einem Abgang von . . . . . S 16,656.800.—  
genehmigt.

7. Die bei den einzelnen Kapiteln, Titeln und Paragraphen des ordentlichen Voranschlages bewilligten Ausgabenkredite dürfen nur zu den in den einzelnen Kapiteln, Titeln und Paragraphen bezeichneten Zwecken, soweit und solange diese fort dauern, bis 31. Dezember 1949 verwendet werden. Die Verwendung von für den Sachaufwand bewilligten Ausgaben für Personalerfordernisse oder die Verwendung von für den Personalaufwand bewilligten Ausgaben für Sacherfordernisse ist nicht gestattet. Ausnahmen von diesen Bestimmungen sind zulässig, wenn sie im Bericht zum Voranschlag ausdrücklich angeführt sind.

8. Die Ausgabenkredite des außerordentlichen Voranschlages und jene des Wiederaufbaues dürfen nur bis 31. Dezember 1949 und

nur für Maßnahmen verwendet werden, die der Veranschlagung zugrunde gelegt sind. Über Beschluß der niederösterreichischen Landesregierung kann festgesetzt werden, daß Ausgabenkredite innerhalb eines jeden Kapitels bei begründetem Bedarf für andere Verwendungszwecke, als sie im Voranschlag vorgesehen sind, in Anspruch genommen werden.

Die niederösterreichische Landesregierung wird ermächtigt, die Ausgabenkredite eines jeden Kapitels des außerordentlichen Voranschlages gegenseitig deckungsfähig zu erklären. Für die Ausgabenkredite des Wiederaufbauvoranschlages gelten die gleichen Bestimmungen.

9. Die niederösterreichische Landesregierung wird ermächtigt, im Rahmen der Voranschläge

und unter steter Bedachtnahme auf das Gesamtinteresse des Landes die zur sparsamen und wirtschaftlichen Führung der Landesverwaltung unbedingt notwendigen Ausgaben zu machen. Die Anweisung und Auszahlung darf jedoch nur dann und soweit erfolgen, als die veranschlagte Bedeckung auch tatsächlich erreicht wird.

Der unbedeckte Teil der Ausgaben von 16,656.800 S darf, insofern es sich nicht um gesetzliche oder zwangsläufige Verpflichtungen des Landes handelt, nur insoweit zur Anweisung und Auszahlung gelangen, als durch Mehreingänge bei den veranschlagten ordentlichen Einnahmen, durch nicht veranschlagte ordentliche Einnahmen und durch tatsächlich erzielte Ersparnisse bei den ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben die Deckung gefunden werden kann.

10. Die niederösterreichische Landesregierung wird ermächtigt, zur teilweisen Bedeckung des außerordentlichen Voranschlages verzinsliche schwebende Schulden oder Anleihen bis zum Höchstbetrag von 10,000.000 S und zur Bedeckung des Wiederaufbauvoranschlages solche bis zum Höchstbetrag von 39,292.600 S im Jahre 1949 aufzunehmen.

11. Ausgaben, die aus zweckgebundenen Einnahmen zu bestreiten sind, können um die die veranschlagten Einnahmen übersteigenden Mehreinnahmen überschritten werden.

12. Der Gesetzentwurf über die Einhebung einer Landesumlage für das Jahr 1949 wird genehmigt und die niederösterreichische Landesregierung wird angewiesen, die Durchführung zu bewirken.

13. Die niederösterreichische Landesregierung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, daß durch das Finanzreferat im Sinne der Bestimmungen der Punkte 7, 8 und 9 eine laufende Überwachung der Inanspruchnahme der Kredite erfolgen kann.“

Ich bitte nun das Hohe Haus, zum Voranschlag 1949 und zum Antrag des Finanzausschusses Stellung zu nehmen.

PRÄSIDENT: Ich unterbreche die Sitzung bis 14.30 Uhr. Vor Beginn der Nachmittags-sitzung tagt der Finanzausschuß im Prälatensaal und der Verfassungsausschuß im Herrensaal, beide um 14 Uhr.

*(Die Sitzung wird um 12 Uhr 53 Minuten unterbrochen.)*

PRÄSIDENT *(um 14 Uhr 45 Min.)*: Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Mit Zustimmung des Hauses setze ich die in der heutigen Sitzung des Verfassungsausschusses verabschiedete Zahl 519 noch auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung. Wird dagegen eine Einwendung erhoben? *(Niemand*

*meldet sich.)* Die Vorlage liegt auf den Plätzen der Herren Abgeordneten auf und ich ersuche den Herrn Abg. Findner, die Verhandlung zur Zahl 519 einzuleiten.

Berichterstatter Abg. FINDNER: Ich habe über die Vorlage der Landesregierung wegen Abberufung des Vorstandes des Kontrollamtes für das Land Niederösterreich und Neubestellung desselben zu berichten.

Gemäß Artikel 47 des Landesverfassungsgesetzes für das Land Niederösterreich in der Fassung von 1930 bedient sich der Finanzkontrollausschuß zur Ausübung seiner Kontrolltätigkeit eines Kontrollamtes, dessen Vorstand vom Landtag bestellt und abberufen wird.

Der bisherige Vorstand des Kontrollamtes, Hofrat Otto Lein, trat mit Ende Dezember 1947 zufolge Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Seine Dienstesverwendung als wiederverwendeter Ruhestandsbeamter endet am 31. Dezember 1948. Diese Wiederverwendung erfolgte deshalb, weil seinerzeit ein geeigneter Nachfolger für ihn nicht zur Verfügung stand.

Nunmehr kann jedoch für diese Funktion in der Person des Landesoberinspektionsrates Rudolf Dufek ein in jeder Hinsicht befähigter Fachbeamter namhaft gemacht werden.

Rudolf Dufek, geboren am 17. Oktober 1887 in Wien, trat am 1. Juli 1907 in den niederösterreichischen Landesdienst. Nach anfänglicher Verwendung in der niederösterreichischen Landesbuchhaltung und im Referat für Finanzangelegenheiten wurde Dufek auf Grund seiner ausgezeichneten Leistungen mit der Kontrolle der Finanzgebarung des Landes betraut.

Er war durch viele Jahre hindurch der Buchhaltungsdirektion zugeteilt und wurde am 31. Dezember 1932 zum Direktor der Buchhaltung des Landes Niederösterreich bestellt, in welcher Eigenschaft ihm neben der Leitung der gesamten Buchhaltungs- und Kassengeschäfte des Landes auch die Arbeiten für die Aufstellung des Budgets für das Land Niederösterreich oblag. Es bedarf wohl keiner besonderen Erwähnung, daß die Bekleidung dieses Dienstpostens hohe Anforderungen an Umsicht, Geschicklichkeit, Fähigkeit, strengster Korrektheit und nicht zuletzt an persönlichem Takt stellt. Dufek verfügt nicht nur über große Fachkenntnisse, sondern auch über reiche Erfahrungen.

Gegenwärtig steht Dufek im Finanzreferat in Verwendung, wo ihm die Kreditüberwachung, insbesondere die Budgetarbeiten übertragen sind. Auch auf diesem Gebiet hat er sein umfassendes Wissen und Können voll zur Geltung gebracht.

Aus den vorangeführten Gründen erscheint Landesoberinspektionsrat Dufek derzeit als der bestgeeignete Beamte für die Nachfolge im Amt des Vorstandes des Kontrollamtes.

Der Antrag des Verfassungsausschusses lautet (*liest*):

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Der Bericht der Landesregierung wird genehmigend zur Kenntnis genommen und somit gemäß Artikel 47 des Landesverfassungsgesetzes für das Land Niederösterreich in der Fassung von 1930 Hofrat Otto Lein mit 31. Dezember 1948 als Vorstand des Kontrollamtes abberufen und Landesoberinspektionsrat Rudolf Dufek mit 1. Jänner 1949 zum Vorstand des Kontrollamtes bestellt.“

PRÄSIDENT: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen zur Abstimmung (*Abstimmung*): A n g e n o m m e n .

Ich nehme den Anlaß wahr, um dem scheidenden Kontrollamtsdirektor den Dank des Landes für seine langjährige Tätigkeit auszusprechen und ihm die besten Wünsche für sein Wohlergehen in den Ruhestand mitzugeben.

Berichterstatter Abg. FINDNER: Nachdem zufolge der bisherigen Gepflogenheit die Bestellung des Kontrollamtsdirektors im Landtag durch Wahl erfolgte, bitte ich den Herrn Präsidenten, die Wahldurchführung anzuordnen.

PRÄSIDENT: Wir gelangen zur Wahl des Vorstandes des Kontrollamtes für das Land Niederösterreich. Ich bitte, die Stimmzettel, welche auf den Plätzen der Abgeordneten aufliegen, auszufüllen und abzugeben. (*Nach Abgabe der Stimmzettel wird die Sitzung um 14 Uhr 43 Min. zwecks Vornahme des Skrutiniums unterbrochen und um 14 Uhr 45 Min. wiederaufgenommen.*)

Die Stimmzählung hatte folgendes Ergebnis:

Abgegeben wurden 51 Stimmen, die sämtlich gültig sind. Mit allen abgegebenen Stimmen wurde Herr Landesoberinspektionsrat Rudolf Dufek zum Vorstand des Kontrollamtes für das Land Niederösterreich gewählt. (*Beifall im ganzen Haus.*)

Wir kommen nun zur Angelobung des Vorstandes des Kontrollamtes. Ich bitte den Herrn Schriftführer um Verlesung der Angelobungsformel. (*Das Haus erhebt sich. Schriftführer Abg. Marchsteiner verliest die Angelobungsformel, worauf der Vorstand des Kontrollamtes, Rudolf Dufek, die Angelobung mit den Worten: „Ich gelobe“ leistet.*)

Wir fahren in den Verhandlungen zum Voranschlag des Landes Niederösterreich fort. Zum Wort gelangt der Finanzreferent des

Landes Niederösterreich, Herr Landesrat H a l l e r .

Landesrat Abg. HALLER: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum vierten Male seit dem Umbruch 1945 bringen wir heute den Voranschlag 1949 zur Beratung. Durch die Verhältnisse gezwungen, mußte ich für die vorhergehenden Jahre dreimal um ein Budgetprovisorium einkommen. Heuer ist es uns aber trotz mancher Schwierigkeiten gelungen, den Voranschlag zeitgerecht einzubringen und er liegt heute zur Beratung auf. Ich habe mir nicht vorgenommen, meine sehr verehrten Frauen und Herren, Sie mit Ziffern zu ermüden, das hat der Herr Berichterstatter schon zur Genüge getan. Ich will nur ganz kurz über den Voranschlag als solchen sprechen.

Unser Voranschlag besteht wieder aus dem ordentlichen, dem außerordentlichen und dem Wiederaufbauvoranschlag. Der Wiederaufbauvoranschlag des Landes Niederösterreich ist vielleicht das schwierigste Kapitel, das wir zu erledigen haben. Wir haben doch durch die Kriegsergebnisse 1945 so Schweres erlitten, daß vielleicht außer Wien alle anderen Bundesländer zusammengenommen nicht annähernd diese Kriegsschäden aufzuweisen haben wie das Land Niederösterreich allein. Es ist schon sehr viel in diesen Belangen geschehen. Es hat sich jedes einzelne Referat bemüht, nach bestem Wissen und Gewissen alles das zur Durchführung zu bringen, was unbedingt notwendig war. Wenn schon bisher die Kriegsschäden nicht vollständig aus der Welt geschaffen werden konnten, so haben wir doch so viel erreicht, daß zumindest die schwersten Hindernisse bereits überwunden werden konnten. Wenn ich auf das Jahr 1945 zurückgreife, so muß ich sagen, daß damals die provisorische Landesregierung ernstlich gearbeitet hat bis zu den Wahlen im November 1945. Damals wurde der erste Voranschlag vorgelegt, ein Voranschlag, der nur auf einen provisorischen Finanzausgleich mit dem Bunde aufgebaut war. Die Einnahmen der Länder richteten sich nämlich immer nach den Voranschlägen des Bundes und den Gesetzen, die für diesen galten. Es wird vielleicht erst im Jahre 1949 oder 1950 gelingen, daß ein für längere Zeit gültiges Finanzausgleichsgesetz im Nationalrat beschlossen wird. Dies hängt natürlich von verschiedenen Verhältnissen und Umständen ab, denn sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierungen sind durch die Alliierten-Besatzungsmächte noch immer schwer behindert. Dieses kleine Land Österreich ist ja in Wirklichkeit immer noch in vier Zonen geteilt, wir haben eine amerikanische, eine englische,

eine französische und eine russische Besatzungsmacht. Ich glaube, dem Hohen Haus keinen Vortrag darüber halten zu müssen, mit welchen Erschwernissen da in allen Referaten gearbeitet werden muß. All diese Umstände behindern selbstverständlich auch das Finanzreferat. Es wird da zum Beispiel von einem Referat eine Arbeit gemacht und später stellt sich heraus, daß durch irgendwelche Umstände, die man hier nicht näher besprechen kann, die Durchführung eine ganz andere wurde, weil eben eine Besatzungsmacht die Erlaubnis z. B. zur Einfuhr von Stahl zu einem Brückenbau in unserem Lande nicht gibt, oder umgekehrt, es ist in einem Viertel oder Bezirk unseres Landes z. B. Zement wohl vorhanden, der aber in einem anderen Bezirk oder Viertel, wo man ihn notwendig braucht, nicht verwendet werden darf. Alle unsere Maßnahmen hängen von der Bewilligung der Besatzungsmacht ab, die wir von Zeit zu Zeit immer wieder einholen müssen, um den Anforderungen, die an uns gestellt werden, gerecht werden zu können. Trotzdem wurde aber in Niederösterreich schon sehr viel geleistet, dank der demokratischen Zusammenarbeit aller Parteien, die sich, wenn sich auch dann und wann in einzelnen Angelegenheiten Unstimmigkeiten ergeben haben, letzten Endes doch dahin verständigt haben, daß man eben mit denjenigen Beträgen auskommen muß, die wir vom Finanzminister als Finanzzuweisungen des Bundes zu erwarten haben. Dazu muß ich noch sagen, daß diese Finanzzuweisungen oft 14 Tage bis einen Monat später bei uns eintreffen als sie hätten einlangen sollen und so kommt es oft vor, daß wir vorübergehend nicht so kassenflüssig sind als es notwendig wäre. Auch kommt es oft zu unvermeidbaren Überschreitungen, wie sie heute im Hohen Haus gerügt worden sind. Was sollen wir aber tun? Die Bundesregierung beschließt z. B., 140 S an die aktiven Beamten und 60 S an die Pensionisten bei der nächsten Gehaltsauszahlung als Teuerungszulage anzuweisen. Wir mußten es natürlich tun und die erforderlichen Gelder bereitstellen, um die Arbeiter und Angestellten, die ja ein Recht auf diese Zuwendung haben, befriedigen zu können. Weiter ging es z. B. auch nicht an, Arbeiten, die in Durchführung waren, wegen der durch die Erhöhung der Löhne und Materialpreise eingetretenen finanziellen Schwierigkeiten abzubrechen, sondern es mußte irgendwelche finanzielle Hilfe sofort bereitgestellt werden, um die Arbeiten fortsetzen zu können. Ich glaube, es ist immer eine kleine Überschreitung in einem Kapitel besser, als die Arbeitseinstellung draußen bei den Bauten, wie wir es voriges Jahr beinahe hätten durchführen müssen. Die dadurch verursachte

Arbeitslosigkeit wiegt weit schwerer als eine kleine Überschreitung in irgendeinem Kapitel des Voranschlages, zu der man nachträglich die Bewilligung des Landtages oder der Landesregierung einholen kann.

Ich habe schon gesagt, daß wir große Leistungen vollbracht haben, und ich möchte nur noch darauf hinweisen, was in erster Linie auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge geschehen ist. Nahezu alle unsere Spitäler waren durch die Kriegereignisse entweder bombenzerstört oder von der Besatzungsmacht beansprucht. Betten, Bettwäsche, Einrichtungsgegenstände usw. waren zu einem großen Teil vernichtet oder beim Abzug der SS mitgenommen worden und so standen wir in allen unseren Spitälern vor dem Nichts.

*(Der 2. Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Da hat das Referat, dem die Spitäler unterstehen, wirklich große Arbeit geleistet. Dasselbe gilt auch für die Siechenanstalten sowie für die Heil- und Pflegeanstalten. Auch dort war es nicht anders. Obwohl diese Anstalten durch die Befehle, die während der sieben Kriegsjahre gegeben wurden, nahezu leer waren, mußte doch unsere Fürsorge sofort wieder einsetzen, und es war auch hier notwendig, die schwersten Opfer zu bringen, um den armen Kranken die ihnen gebührende Fürsorge ange-deihen lassen zu können.

Auch bei den Straßenbauten, Brückenbauten, Flußregulierungen und Drainagierungen wurde viele und große Arbeit geleistet. Obwohl wir gestern im Finanzausschuß vom Hofrat Schima gehört haben, daß in den meisten Baureferaten noch verschiedene Beamte fehlen, muß doch anerkannt werden, daß mit den Mitteln, die wir zur Verfügung stellen konnten, Außer-gewöhnliches geleistet wurde.

In vielen Gemeinden waren Schulen und öffentliche Anstalten zerstört. Viele Gemeinden hatten nicht einmal ein Gemeindehaus; es war ausgebrannt oder zerbombt. Auch hier mußte die Landesregierung immer wieder referatsmäßig eingreifen und aus den bescheidenen uns zu Gebote stehenden Mitteln die erforderlichen Beträge so rasch als möglich zur Verfügung zu stellen.

Wir haben erst am Sonntag Gelegenheit gehabt, in der Stadt Hainburg ein neues Spital, das aus einer alten Kaserne adaptiert wurde, dem Betrieb zu übergeben. Ich habe daran in Stellvertretung des Herrn Landeshauptmannes Reither teilgenommen und dort auch gesprochen. Es wurde von allen Teilnehmern anerkannt, daß dieser Spitalbau eine schöne Leistung für den Bezirk Hainburg ist, denn dieses Spital soll in erster Linie der Arbeiterschaft, den Bauern und den Gewerbetreibenden dieses

Bezirk dienen. Und wenn dort einer der Herren den Ausspruch getan hat, der später dann vom Vertreter der Besatzungsmacht gerügt wurde, daß das nicht ein Spital, sondern eine Kuranstalt sei, so glaube ich doch sagen zu dürfen — und die Herren, die an der Eröffnung mit teilgenommen haben, werden es bestätigen —, daß das Spital Hainburg tatsächlich heute den Anspruch erheben kann, eines der schönsten Spitäler zu sein, die Niederösterreich überhaupt hat.

Ich habe schon eingangs erwähnt, daß wir so wie bis jetzt auch für das Jahr 1949 wieder nur ein Provisorium des Finanzausgleiches mit dem Bunde haben. Der Herr Finanzminister hat uns wohl verschiedene Zahlen genannt, meine sehr verehrten Herren Abgeordneten, und darunter war auch die Weinsteuer mit einem Betrag von 1,60 S pro Liter; wie ich heute gehört habe, ist sie bereits beschlossen. Der Herr Finanzminister erhofft sich daraus einen Ertrag von rund 192 Millionen Schilling. Ich als Finanzreferent des Landes Niederösterreich glaube, daß dieser Betrag nur auf der Sollseite steht, denn alle von Ihnen, die Gelegenheit hatten, in irgendein Gasthaus zu kommen oder irgendwo einen Heurigenschank zu besuchen, werden konstatiert haben, daß der Weinkonsum rapid zurückgeht.

Ich will hier nicht darüber rechten oder sprechen, ob es gerecht ist, den Betrag von 1,60 S pro Liter gleichmäßig einzuheben oder ob man die Weinsteuer staffeln sollte; sie ist heute Beschluß geworden und wird eingehoben. Wir werden den Erfolg ja sehen. Ich habe als Finanzreferent des Landes Niederösterreich nur den einen Wunsch, daß sich der Herr Finanzminister nicht verrechnet hat und daß der gebührende Teil dieser Steuer dem Lande Niederösterreich zufließt.

Wir haben gestern in der niederösterreichischen Landesregierung auch den Beschluß gefaßt, daß unsere Beamten und Pensionisten eine Weihnachtsremuneration bekommen sollen, 140 S die Aktiven und 100 S die Pensionisten. Gleichzeitig hat auch eine Deputation der Gewerkschaft, bestehend aus Vertretern aller drei Parteien, bei uns vorgesprochen. Wir haben die Sonderwünsche dieser Deputation zur Kenntnis genommen und ich werde der Landesregierung die Berechnung vorlegen, aber, meine sehr verehrten Abgeordneten, ich muß ehrlich gestehen, daß mir die Bedeckung für die Befriedigung dieser Sonderwünsche fehlt.

Ich glaube, das Land Niederösterreich hat den Beweis erbracht, daß die Steuergelder, die im Lande eingehen, so verwaltet werden, daß an den geleisteten Arbeiten sehr wenig sachliche Kritik geübt werden kann. Und dieser Beweis wurde trotz aller Erschwernisse und

Hemmnisse erbracht, die von dieser oder jener Seite kommen, wie z. B. oft der Vorwurf, die Vertreter der Landesregierung wenden ihren Blick zu sehr nach Osten, oder ein nächstes Mal, sie wenden ihren Blick zu sehr nach Westen. Ich glaube ruhig sagen zu können: alle Vertreter ohne Unterschied der Partei wenden ihren Blick nur auf Österreich. (*Beifall bei der Volkspartei.*)

Wenn die Bundesregierung in letzter Zeit an den Alliierten-Rat mit der Bitte herantreten ist, uns endlich den Staatsvertrag zu geben, so tut mir nur herzlich leid, daß unser Herr Landeskommandant momentan nicht anwesend ist. Ich hätte ihn gebeten, er möge wenigstens dahin wirken, daß uns die Alliierten-Besatzungsmächte, wenn schon nicht den Staatsvertrag und die vollständige Freiheit geben, so uns doch wenigstens über das frei verfügen lassen, was wir aus eigenem aufbringen. (*Zustimmung bei der Volkspartei.*)

Meine sehr geehrten Abgeordneten! Ich glaube, unter uns Österreichern ist niemand mehr, der heute noch in irgendeiner Form mit dem Faschismus liebäugelt. Wir wollen ja nichts anderes, als daß uns das bißchen Freiheit, das wir anstreben, endlich gegeben wird. Man soll uns, wenn es schon nicht anders geht, vielleicht in größeren Städten eine Kommandantur oder eine Polizeimacht zurücklassen, aber ansonsten soll man uns die Freiheit geben und uns schalten und walten lassen, wie wir wollen. Und wenn dann die drei demokratischen Parteien noch solange zu einem Gesetz brauchen oder zu einer Beratung, wie z. B. über das heutige Budget, so können wir doch sagen, wir haben in österreichischem Sinne entschieden, so wie wir es wollen. Mögen die Auseinandersetzungen dann statt Stunden Tage dauern, sie werden in österreichischem Sinne gehalten werden und alle werden diesen Saal mit dem Gedanken verlassen: ich habe frei und unbehindert für mein Vaterland arbeiten dürfen.

Das österreichische Volk hat im Jahre 1945 sein neues Vaterland aufgebaut, fußend auf der Demokratie; wir wollen weder nach links noch nach rechts eine Diktatur, wir wollen aber auch nicht, daß uns vielleicht eine dritte Diktatur aufoktrojiert wird.

In diesem Sinne bitte ich Sie, meine sehr verehrten Abgeordneten, den Voranschlag in Beratung zu ziehen und so zu beschließen, wie ihn die niederösterreichische Landesregierung vorgelegt hat. (*Beifall rechts*)

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Generaldebatte und erteile als erstem Redner dem Herrn Abg. Genner das Wort.

Landesrat Abg. GENNER: Das Budget, das dem Landtag für das Jahr 1949 vorgelegt wird, ist ein sehr ernstes Budget. Es ist gekennzeichnet durch einen Abgang von 15 Millionen Schilling und durch eine wachsende Verschuldung des Landes. Im vorigen Jahr gab es bei Vorlage des Voranschlages noch Hoffnungen und Versprechungen. Die Hoffnung, daß das Finanzausgleichsgesetz zugunsten der Länder und Gemeinden abgeändert werde, die Hoffnung, daß der Bund sein Versprechen, dem Lande Niederösterreich einen entsprechenden Beitrag aus den Wiederaufbaumitteln des Bundes zu gewähren, erfüllen werde. Der Voranschlag des vorigen Jahres für den Wiederaufbau war auf solchen Erwartungen und Versprechungen aufgebaut. Sie sind nicht erfüllt worden. Die Folge war, daß schon in diesem Jahre für Ausgaben für den Wiederaufbau ein Darlehen aufgenommen worden ist. Dazu kommt nun ein neues Darlehen für das kommende Jahr. Im kommenden Jahr wird sich, wie im Bericht zum Voranschlag festgestellt wurde, der gesamte Schuldenstand auf 115 Millionen Schilling erhöhen. Der Zinsendienst wird rund 7 bis 8 Millionen Schilling betragen, das ist mehr als die laufenden Ausgaben für das Gesundheitswesen oder annähernd so viel, wie die laufenden Ausgaben für das Schulwesen oder die gesamten Ausgaben für Fluß- und Bachregulierungen, Hochwasserschäden oder Dammbauten ausmachen. Damit ist aber noch keineswegs gesagt, daß der Wiederaufbau nun in notwendigem Ausmaß durchgeführt werden wird. Sogar im Bericht zum Voranschlag wird vorsichtig ausgedrückt, daß die Kriegs- und Nachkriegschäden bei weitem noch nicht vollständig beseitigt sind. In der Hauptsache werden aus dem Wiederaufbaudarlehen Brücken- und Straßenbauten durchgeführt.

Das ist die Lage Niederösterreichs dreieinhalb Jahre nach dem Ende des Krieges. Von einem wirklichen Wiederaufbau des Landes wird auch im kommenden Jahr noch wenig zu spüren sein. Es ist oft festgestellt worden, wie schwer Niederösterreich außer Wien von den Auswirkungen des Krieges getroffen worden ist. Manches schöne Wort ist schon an das niederösterreichische Volk gerichtet worden. Aber geholfen ist ihm noch nicht worden. Niederösterreich ist durch ständige Bombardierungen und durch die letzten Kriegshandlungen vor dem Zusammenbruch der Deutschen Armee hart geschädigt worden. In Niederösterreich ist der Krieg für ganz Österreich beendet worden. Es ist eine selbstverständliche Forderung des Landes, für die Gesamtheit, daß der Bund zum Wiederaufbau Niederösterreichs, das noch in den letzten Monaten des Krieges

für ganz Österreich schwer gelitten hat, einen ausreichenden Beitrag leistet. Der Finanzminister aber hat sich sogar geweigert, den Zinsendienst für die Wiederaufbaudarlehen des Landes Niederösterreich durch den Bund zu übernehmen.

Wir haben oft an der Hand von Tatsachen die planmäßige Benachteiligung Niederösterreichs durch die zuständigen Regierungsstellen festgestellt. Sie ist auf vielen Gebieten der Wirtschaft festzustellen. Daß aber der Bund Niederösterreich vollständig im Stiche läßt bei der Behebung der dem Lande durch den Krieg zugefügten Wunden und jede Hilfe verweigert, das bedeutet einen sehr schweren Schaden für das ganze niederösterreichische Volk, das Jahrzehnte bitterster Not und Entbehnungen hinter sich hat. Das kann man wohl nicht Solidarismus nennen. Es erhebt sich aber die ernste Frage, ob die Landesregierung und der Landtag immer ihre Pflicht erfüllt haben, um gegen die ständige Benachteiligung Niederösterreichs zu kämpfen und das Recht Niederösterreichs auf ausreichende Hilfe beim notwendigen Wiederaufbau durchzusetzen. Ich will gerne anerkennen, daß der Landeshauptmann, von dem mich sonst eine Welt von Gegensätzen trennt, bei mancher Gelegenheit versucht hat, das Interesse Niederösterreichs gegenüber dem Bund und anderen Bundesländern zu wahren. Allerdings mit wenig Erfolg. Er hat auch für diese Stellungnahme in seinen eigenen Reihen wenig Verständnis gefunden. Aber nicht nur das, es kommt auch vor, daß von den höchsten Landesstellen selbst die Interessen des Landes auch in solchen Fällen vernachlässigt werden, wo sie mit einiger Energie wirksam zu vertreten wären. Dafür nur ein einziges Beispiel: Von dem Fonds für die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Wohnhäuser — das sind 350 Millionen Schilling insgesamt für 1948 und 1949 — erhält Niederösterreich 9%, Steiermark 10%, Kärnten 6%, Wien 58%. Auf Niederösterreich entfallen 40,5 Millionen Schilling, während der tatsächliche Schaden wahrlich ein Vielfaches beträgt. Wir haben auf diese starke Schädigung Niederösterreichs hingewiesen und es hat sich dann herausgestellt, daß die Vertreter des Landes Niederösterreich zu den Verhandlungen über die Aufteilung dieses Fonds ohne die notwendigen Unterlagen über die tatsächlichen Schäden an den Wohnhäusern Niederösterreichs gekommen sind und diesen Aufteilungsschlüssel einfach hingenommen haben. Schon vor mehreren Monaten hat die Landesregierung beschlossen, daß neue Verhandlungen mit entsprechenden Unterlagen aufgenommen werden sollen. Wie ich erfahren habe, sollen sie erst im nächsten Monat tatsächlich stattfinden. Hoffentlich

werden dann die niederösterreichischen Vertreter die Interessen Niederösterreichs besser vertreten.

Schon bei den Beratungen des Finanzausschusses haben Redner der beiden anderen Parteien, allerdings ziemlich resigniert, Klage über diese Behandlung Niederösterreichs durch den Bund geführt. Wahrscheinlich wird im Landtag auch jetzt, nachdem das niederösterreichische Volk, das der Landtag vertritt, schon schweren Schaden erlitten hat, der eine oder andere Abgeordnete auch noch davon sprechen. Das hat natürlich wenig Bedeutung und keine Wirkung. Ich will mit aller Klarheit feststellen, daß die Landesregierung und der Landtag gegenüber dem niederösterreichischen Volk die Pflicht haben, die Interessen Niederösterreichs gegenüber der Bundesregierung zu vertreten und die schmähliche Verweigerung der Hilfeleistung beim Wiederaufbau vor dem ganzen Volk gebührend zu brandmarken.

Die breiten Massen des Volkes in Stadt und Land tragen auch in Niederösterreich — und das steht natürlich im Zusammenhang mit der gesamten Finanzpolitik in diesem Staate — die Hauptlasten dieses Budgets. Die Ertragsanteile an der Lohnsteuer, bei den direkten Steuern und die Ertragsanteile an der Umsatzsteuer sind die stärksten Posten in den Anteilen des Landes Niederösterreich. Die breiten Massen des niederösterreichischen Volkes werden auch an der Schuldenlast des Landes schwer zu tragen haben. Es genügt in diesem Zusammenhang auf den Bericht zum Voranschlag hinzuweisen, in dem festgestellt wird, daß in den kommenden Jahren voraussichtlich rund 4% den Landeserfordernissen für die soziale Fürsorge und die produktive Wirtschaft entzogen werden müssen, um die Schuldverpflichtungen des Landes erfüllen zu können. Die Arbeiter und die Bauern haben den weitaus größten Beitrag zum Wiederaufbau des Landes in den letzten dreieinhalb Jahren geleistet. Es wird heute schon viel von einer Verbesserung der Wirtschaft und der Produktionssteigerung gesprochen und es ist schon wahr, daß es gewisse Kreise gibt, die selbst gute Geschäfte machen und die Verbesserung der Wirtschaft nach der Höhe ihrer Gewinne und Profite einschätzen. Aber das Volk hat an dieser „Verbesserung der Wirtschaft“ keinen Anteil. In Niederösterreich hat es in den letzten Jahren wahre Hungergebiete gegeben. Der Ernährungsreferent hat im Finanzausschuß erklärt, daß sich die Ernährung gebessert hat. Das hat er an der Erhöhung der Kalorien errechnet und auch an der Tatsache, daß die Erfüllung der Aufrufe sich ebenfalls gebessert hat. Die Sechs- bis Zwölfjährigen bekommen allerdings noch immer rund 180 Kalorien täg-

lich weniger als im Ernährungsplan vorgesehen ist. Und es gibt in Niederösterreich bekanntlich einen Fettmangel, der in den Arbeiterhaushalten sehr fühlbar ist. Von einer ausreichenden und den Erfordernissen der Gesundheit und der Arbeit entsprechenden Ernährung der Industriebevölkerung ist dreieinhalb Jahre nach dem Ende des Krieges und trotz der guten Ernte leider noch immer keine Rede. Die Menge und die Zusammensetzung des Aufrufes reicht noch keineswegs zu einer ausreichenden Ernährung aus. „Graues“ Ziegenfleisch aber oder andere „graue“ Nahrungsmittel sind der breiten Masse unerschwinglich.

In der letzten Sitzung des Wirtschaftsbeirates, die vor einigen Tagen stattgefunden hat, sind einige Feststellungen gemacht worden, die die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung Niederösterreichs in den Industriegebieten kennzeichnen. In den letzten Wochen waren auch in Niederösterreich starke Preissteigerungen festzustellen. Bei Großhändlern und in Industriebetrieben werden wieder Warenhortungen durchgeführt. Die Kohlenversorgung — auch das wurde in dieser Sitzung festgestellt — ist gegenwärtig schlechter, als sie im vergangenen Jahr war. Arbeiterhaushalte sind im allgemeinen nicht in der Lage, sich im Sommer mit Kohle für den Winter einzudecken. Es besteht die Gefahr, daß auch in diesem Winter noch in vielen Gebieten Niederösterreichs Not und Kälte herrschen werden. Es gibt auch nicht wenige niederösterreichische Betriebe, wie die Textilbetriebe, die Mangel an Rohstoffen haben und in der Produktion dadurch gehemmt sind. Die Rohstofflieferungen aus dem Marshall-Plan sind bisher bloße Versprechungen geblieben. Die Folge ist, daß da und dort Anzeichen von Arbeitslosigkeit zu beobachten sind.

Ganz deutlich haben sich in diesem gesegneten Jahr seit der Währungsreform, durch die auch das Land Niederösterreich einen Verlust von zirka 7 Millionen Schilling erlitten hat, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kleinbauern und zum Teil auch der mittleren Bauern bedeutend verschlechtert. Von den Preiserhöhungen für die abgelieferten Produkte haben die Massen der kleinen und mittleren Bauern um so weniger, als bekanntlich die Preise der Industriewaren verhältnismäßig noch mehr gestiegen sind. Die erhöhten Überkontingentpreise kommen aber, zumindestens für die Kleinbauern, überhaupt nicht in Frage. Über die außerordentlich unsoziale und unzweckmäßige Umlegung der Kontingente wird beim Kapitel Landwirtschaft noch einiges zu sagen sein. In den meisten Kleinbauernhöfen herrscht wieder Geldknappheit als eine Folge der „daß-Gott-erbarm'-Wirtschaftspolitik“, die

in diesem Staate mehr zur Festigung der Interessen des Profits in allen Wirtschaftszweigen, auch in der Ernährung, als gemäß den Erfordernissen der Arbeiter und Bauern betrieben wird.

Jede einzelne der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen die Kleinbauern zu kämpfen haben, weist auf das Hauptproblem hin, das in Niederösterreich kaum weniger brennend ist als im Burgenland, auf die Bodenreform. Mit keinem Manöver und mit keinem — sagen wir milde — taktisch notwendig erscheinenden Lippenbekenntnis wird man um diese Forderung herumkommen. Je krasser die Gegensätze auf dem Lande werden — und sie spitzen sich immer mehr zu —, desto stärker und zwingender wird die Forderung nach der Bodenreform erhoben werden.

Man kann der Landesverwaltung von Niederösterreich beim besten Willen keine besondere Tatkraft oder Planmäßigkeit bei der Meisterung der großen und ernsten Probleme dieses Landes und seines in den letzten Jahrzehnten schwer bedrängten und geprüften Volkes nachsagen. Von einem fortschrittlichen Geiste, der den Erfordernissen der Zeit, des Lebens rings um uns und in der Welt Rechnung trägt, ist nicht viel zu sehen. Nicht im Landhaus und nicht in den Bezirksverwaltungen. Es ist trotz allen Erfahrungen, die schon hinter uns liegen, manchmal geradezu erschütternd zu beobachten, mit welcher Taten- und Hilflosigkeit die höchsten Stellen dieses Landes allen Schwierigkeiten auszuweichen sich bemühen. Manchmal ist es auch der Mangel an gutem Willen, der dabei eine Rolle spielt. Wenn nicht ein ständiger Ansporn und Antrieb von oben, vor allem durch das Beispiel kommt, dann ist es nicht verwunderlich, wenn auch in den einzelnen Verwaltungsinstanzen und in den verschiedenen Büros dieses Landes und draußen in den Bezirken Rückständigkeit und Trägheit vorherrschend sind. Wir wissen, daß es da und dort Übergriffe und Selbstherrlichkeiten von Bezirkshauptleuten gibt. Aber wenn ein Beamter oder Bezirkshauptmann aus seiner besseren Kenntnis der Erfordernisse des täglichen Lebens Anordnungen trifft, die diesen Erfordernissen, aber nicht den Buchstaben eines Erlasses des hohen Landesamtes getreulich entsprechen, dann wird er, während man bei Übergriffen eher die Augen zudrückt, sofort entschieden zurechtgewiesen. Wie soll der Beamte, der von wachsenden materiellen Sorgen bedrängt ist, angeeifert werden, seine Fähigkeiten und seine Arbeitskraft den Interessen des Volkes und einer demokratischen und fortschrittlichen Entwicklung dienstbar machen, wenn er merkt, daß oben soziale und demokratische Gesinnung nicht besonders geschätzt und beliebt sind und wenn seinen berechtigten materiellen

Forderungen wenig Verständnis entgegengebracht wird. Es gibt wohl nichts Dümmeres und Schädlicheres, als die berechtigten materiellen Forderungen der Beamten mit dem kalten Hochmut und Unverständnis des Besitzenden abzutun.

Es kommt allerdings auch vor, daß in manchen Abteilungen des Landhauses von Niederösterreich eine fieberhafte Tätigkeit und Geschäftigkeit entwickelt wird. Zum Beispiel in der Abteilung, wo ehemalige Nationalsozialisten in Minderbelastete umgewandelt oder entregistriert werden. Man könnte meinen, daß diese Arbeit nicht mehr so schwer ist, wenn sie in richtiger Auslegung des Gesetzes und in demokratischem Geiste durchgeführt wird. Aber es gehört schon viel mehr Mühe und Eifer dazu, die aktiven Nazi, gar wenn belastende Tatsachen nicht gelehnet werden können, wieder reinzuwaschen. Die kleinen Nazi, die keine belastete Vergangenheit haben, haben es viel schwerer. Ein Beispiel unter vielen hunderten: Ein Briefträger im Waldviertel, der eine kinderreiche Familie hat und früher Sozialdemokrat war, ist dann der Nazipartei beigetreten. Von ihm kann man wirklich sagen, daß er auch in der Nazizeit niemand einen Schaden zugefügt hat. Er ist noch heute entlassen. Die Mühe und Geschäftigkeit für die aktiven Nazi verlohnt sich. In Niederösterreich wird nicht ganz so offen wie in den westlichen Bundesländern, aber deswegen mit nicht weniger Planmäßigkeit und Gründlichkeit das Bündnis zwischen Reaktion und Neonazismus vorbereitet. So ist Österreich schon einmal zugrunde gerichtet worden. In dieses trübe Kapitel gehört auch die ganze, unsagbar sture und gehässige Russen- und Kommunistenhetze und nicht zuletzt die Kriegshetze, die manchmal mehr oder weniger geschickt getarnt, manchmal offen betrieben wird, und dies in Niederösterreich, dessen Wunden noch lange nicht verheilt sind. Manchmal könnte man wirklich glauben, daß alle Gespenster einer unheilvollen Vergangenheit wieder losgelassen sind und ihr Unwesen treiben. Wir glauben allerdings, daß diesmal die Entwicklung und der Ausgang anders ausschauen wird und sich vielleicht mancher, der besser im Schatten seiner dunklen Vergangenheit bliebe, zuviel hervorgetan hat und zu bald die wahren Ziele gewisser Kreise offenbart hat.

In den nächsten Tagen wird sich in diesem Hohen Hause das schon gewohnte Bild ergeben. Der Landtag wird sein höchstes Recht, die Bewilligung des Voranschlages, und diesmal sogar zeitgerecht, ausüben dürfen. Ich bin überzeugt, daß so mancher Abgeordnete, der aus eigener Anschauung die Not und Sorgen des Volkes kennt, es ernst mit seiner Kritik und seinen Anregungen und Anträgen meint. Aber was

wird dann im nächsten Jahr sein? Ich glaube nicht, daß der Landtag selbst mit seiner Tätigkeit in den vergangenen Jahren zufrieden sein kann, und doch könnte er seinen Einfluß auf die Landesverwaltung und seine Geltung bedeutend steigern. Zweifellos hätte der Voranschlag selbst heuer viel früher eingebracht werden können und den Abgeordneten wäre mehr Gelegenheit gegeben gewesen, ausführlich, gründlich und gewissenhaft zu den einzelnen Kapiteln Stellung zu nehmen. Die Landesverwaltung schneidet ja tief in das tägliche Leben der arbeitenden Bevölkerung ein. Nun drängt wieder die Zeit, und die Beratungen sollen, wie man im Finanzausschuß sehen konnte, soviel als möglich abgekürzt, ja geradezu durchgepeitscht werden. Der Würde und der Aufgabe des Landtages entspricht ein solches Vorgehen natürlich nicht. Im vergangenen Jahr sind die Rechte des Landtages durch Budgetüberschreitungen mißachtet worden. Es war der Abgeordnete Dubovsky, der als erster diese Überschreitungen im Finanzkontrollausschuß festgestellt hat. Es ist nun versprochen worden, daß, was selbstverständlich ist, Budgetüberschreitungen nicht mehr ohne Bewilligung des Landtages gemacht werden dürfen. Es geht schon aus diesem Beispiel hervor, wie wichtig es im Interesse einer ordentlichen Gebarung und Verwaltung ist, daß sich der Landtag keines seiner Rechte schmälern läßt.

Es soll sich niemand Illusionen hingeben: Es werden noch manche harte Zeiten kommen und noch manch große Schwierigkeiten werden zu überwinden sein. Vertreter des Volkes, die durch Manöver und dumme Hetzpropaganda Tatsachen zu verschleiern suchen, die von den wirklichen Nöten des Landes und den sich daraus ergebenden Aufgaben abzulenken suchen, dienen nicht den Interessen des Volkes. Nicht durch Verschleierung und taktische Manöver, sondern nur durch eine tatkräftige und planvolle, den Bedürfnissen des Volkes entsprechende Arbeit in der Wirtschaft und Verwaltung wird Niederösterreich die gegenwärtigen und kommenden großen Schwierigkeiten überwinden können. Diese Tätigkeit, diese Arbeit und sonst keine, verlangt das Volk in den Städten und Dörfern Niederösterreichs von seinen Vertretern.

2. PRÄSIDENT: Als nächsten Redner zur Generaldebatte erteile ich dem Herrn Abgeordneten Vesely das Wort.

Abg. VESELY: Nachdem ich dreimal gelegentlich der Behandlung des Voranschlages die Feststellung machte, daß uns der Voranschlag reichlich spät vorgelegt wurde, so muß ich heute loyalerweise feststellen, daß er uns zumindest zeitgerecht vorgelegt wurde, das heißt so rechtzeitig, daß wir ihn vor Ende des Jahres noch verabschieden können. Ich hätte

allerdings gewünscht — da gebe ich Herrn Landesrat Genner gerne recht —, daß wir den Voranschlag einen Monat oder noch früher hätten bekommen sollen, damit wir uns mit den einzelnen Kapiteln etwas ausgiebiger hätten befassen können, als es uns heuer möglich ist.

Der Voranschlag sieht wiederum drei Teile vor: den ordentlichen Voranschlag in der Höhe von 227 Millionen Schilling, den außerordentlichen Voranschlag in der Höhe von 32,1 Millionen Schilling und den Wiederaufbauvoranschlag mit 39,3 Millionen Schilling, zusammen also 298,4 Millionen Schilling; wir können also ruhig sagen, wir haben zum erstenmal ein 300-Millionen-Budget in diesem Lande. Gegenüber 1948, wo der gesamte Voranschlag 224,7 Millionen Schilling betrug, bedeutet dies eine Steigerung um 73,7 Millionen Schilling.

Die Anschwellung des Budgets ist — wie wir alle wissen — begründet durch die Erhöhung des Personal- und Sachaufwandes infolge des Lohn- und Preisübereinkommens, aber auch durch die Mehranforderungen, die von einzelnen Referaten gestellt wurden, wobei bemerkt werden muß, daß berechnete Mehranforderungen in der Höhe von 33 Millionen gestrichen werden mußten.

Dominierend auf der Ausgabenseite ist der Straßen- und Brückenbau mit einem Betrag von 92,5 Millionen. Mit anderen Worten bedeutet das, daß fast ein Drittel des gesamten Budgets dazu verwendet wird, um die Straßen und Brücken wiederherzustellen, bzw. auszubauen.

Nun zur Bedeckung. Ich muß hier einige Zahlen anführen, denn ganz ohne Zahlen läßt sich das auch im Haus nicht erörtern. Die Bedeckung ist zum größten Teil durch die Bundesertragsanteile in der Höhe von 154,6 Millionen gegeben. Dann folgt die Landesumlage — bekanntlich ein 20%iger Aufschlag des Landes auf die Ertragsanteile der Gemeinden — in der Höhe von 14,6 Millionen. Dann folgen die Bedarfszuweisungen an notleidende Gemeinden in der Höhe von 18,3 Millionen, die für das Land bedeutungslos sind, denn sie gehen auf der einen Seite ein, auf der anderen aber in der gleichen Höhe wieder hinaus. Dann haben wir als fiktive Einnahme die 22 Millionen, die wir beim ordentlichen Voranschlag abzwacken, um damit den außerordentlichen Voranschlag zu decken. Es folgen dann Verwaltungseinnahmen in der Höhe von 23,2 Millionen und schließlich Kreditoperationen, d. h. Darlehensaufnahmen im Betrage von 49,3 Millionen. Wenn wir das zusammenrechnen, ergibt sich noch ein Abgang von 16,4 Millionen, wenn wir auf die Gesamtsumme des Budgets in der Höhe von 298,4 Millionen kommen wollen.

Ohne Einbau der Kreditoperationen, das heißt ohne Berücksichtigung der Darlehen, die

das Finanzreferat aufnimmt, würde der tatsächliche Abgang 65,7 Millionen betragen, was nichts anderes bedeutet, als daß der Abgang 15,3% des Gesamtbudgets ausmacht. Das ist ein ganz erheblicher Prozentsatz.

Bei der Gemeinde Wien beträgt der Abgang bei einem Gesamtbudget von 1254 Millionen rund 100 Millionen, also nur 8%, wobei im Budget keine Kreditoperationen vorgesehen sind, sondern solche erst zur Bedeckung des Abganges von rund 100 Millionen in Betracht gezogen werden. Wir sehen also, daß unser Abgang perzentuell fast doppelt so hoch ist wie der bei der Gemeinde Wien, wobei man noch einige Zahlen zum Vergleich heranziehen muß.

Die Gemeinde Wien gibt für Wohnungen, Siedlungen, Kleingärten, Gärten und Bäder 20% ihres Budgets aus. Ich weiß schon, hier handelt es sich um ein Land und dort um ein Land, das zugleich eine Gemeinde ist. Aber immerhin, es ist so, daß dort für diese Zwecke 20% vorgesehen sind, in unserem Budget aber nur 0,2%. Umgekehrt hat die Gemeinde Wien für Straßen- und Brückenbauten 3,7%, Niederösterreich aber 32% der Ausgaben vorgesehen.

Es ist eigentlich eine gewisse Tragik und zugleich das Problem unseres Voranschlages, daß wir an Stelle von wertbeständigen, dauerhaften Wohnungen, Bädern usw. vergängliche Straßen bauen müssen, noch dazu — das muß man hier feststellen — infolge der unzulänglichen Oberflächenbehandlung kurzlebige Straßen gegen eine jahrzehntelange Belastung des Landes. Wohl ist es so, daß das Land Niederösterreich keine Verpflichtung hat, Wohnungsbauten durchzuführen, denn das ist Sache der Gemeinden. Diese befinden sich aber, wie wir genau wissen, gerade in den Industriegebieten, wo die Zerstörungen am größten sind, in einer solchen finanziellen Bedrängnis, daß sie wohl irgendwelche Zuschüsse von Seiten des Landes brauchen würden. Es könnten unzulängliche und veraltete Schulgebäude, Alters- und Siechenheime, Spitäler und Amtsgebäude ausgebaut werden, wenn wir nicht dieses gewaltige Straßenbudget hätten!

Nun bin ich mir vollkommen dessen bewußt, daß die Wiederherstellung der Straßen und Brücken eine absolute Notwendigkeit ist. Weniger der Arbeitskräfte wegen — die könnte man bei wertbeständigen Hochbauten zweifellos genau so einsetzen —, als vielmehr im Hinblick auf unsere Industrie, auf den Handel, das Gewerbe, die Landwirtschaft und den Fremdenverkehr.

Obwohl wir also die Notwendigkeit des Straßen- und Brückenbaues einsehen, müssen wir uns auf der anderen Seite ebenso deutlich vor Augen halten, daß er in diesem Tempo im

Darlehenswege nicht fortgeführt werden kann. Wir sind deshalb der Meinung, daß eine umfassende Planung des gesamten noch zu bewältigenden Straßen- und Brückenbaues erfolgen muß, daß man hier Baulose nach der Dringlichkeit ausarbeitet und sich auch mit Finanzierungsplänen beschäftigt, wie diese Aufgaben des Landes in Hinkunft bewältigt werden könnten. Ich stelle mir vor, daß unter Umständen auch der Landtag herangezogen werden kann, z. B. in der Form, daß man den Mitgliedern des Finanzausschusses Gelegenheit gibt, als Vertreter des Volkes ihre Ansichten zu diesem dringenden Problem des Landes bekanntzugeben. Das ist bisher nicht geschehen; bisher sind alle diese Dinge nur eine Angelegenheit der hohen Bürokratie gewesen.

Wir müssen uns beim Straßen- und Brückenbau auch eingehend damit beschäftigen, daß in der bisherigen Form der Straßenoberflächenbehandlung nicht weiter fortgeföhren werden kann. Wir müssen zu einer dauerhaften Oberflächengestaltung kommen, und der betreffende Referent, in diesem Falle der Herr Landeshauptmann, muß bei den übergeordneten Bundesstellen alles daransetzen, daß Niederösterreich zu jener Menge von Bitumen kommt, die, wie wir wissen, andere Länder erhalten, weil dort eben mit viel mehr Nachdruck gearbeitet wird. Straßenbau im Wege von Kreditoperationen ist nur ein sehr beschränkt wertschaffender Wiederaufbau!

Nun zum Wiederaufbau selbst einige Zahlen: Vor zwei Jahren konnten wir hier noch mit einiger Befriedigung feststellen, daß das Land zwar nur sehr schwer durchkommt, aber immerhin schuldenfrei ist. Diese Feststellung können wir heute leider nicht mehr machen; wir müssen im Gegenteil konstatieren, daß das Land bereits ziemlich stark verschuldet ist. Was wurde für den Wiederaufbau bisher ausgegeben? Seit unserer Befreiung wurden bis zum Ende des Jahres 1948 für den Wiederaufbau 57,7 Millionen Schilling ausgegeben, davon waren 14,6 Millionen durch die Rücklagen aus der Nazizeit gedeckt und 34,9 Millionen durch Darlehen. Wenn wir noch den Wiederaufbau des Jahres 1949 mit einer Ausgabensumme von 39,3 Millionen dazunehmen, so kommen wir seit der Zeit der Befreiung bis Ende 1949 zu einem Wiederaufbau im Gesamtbetrage von 96,9 Millionen Schilling, und hiervon sind 74,2 Millionen durch Darlehen gedeckt.

Wir sehen also, daß wir den Wiederaufbau zum überwiegenden Teil aus Schulden bestritten haben; dessen müssen wir uns vollkommen bewußt sein. Von diesen 96 Millionen Schilling, die insgesamt für den Wiederaufbau ausgegeben wurden, entfallen auf den Wiederaufbau der Straßen 50 Millionen, also fast die

Hälfte, und dabei wissen wir, daß wir mit unserem Straßennetz noch lange nicht auf der Höhe sind. Die Gesamtschuldenlast des Landes teilt sich in folgende Hauptziffern:

10 Millionen Schilling mußten wir im abgelaufenen Jahr für die NEWAG zur Aktienkapitalserhöhung aufnehmen. Diese 10 Millionen Schilling sind als ungewiß fundiert zu bezeichnen, weil sich hinter ihnen Aktien in der Höhe von 18 Millionen verbergen. Wir haben weiter 10,9 Millionen Schilling als Beitrag des Landes zu den auf Grund des zweiten Verstaatlichungsgesetzes gebildeten Sondergesellschaften, wie Ennswerke, Tauernwerke usw., aufnehmen müssen. Weiter haben wir 6 Millionen Schilling für Wiederaufbauangelegenheiten in den Randgemeinden, 4,5 Millionen Schilling Darlehen für den Ausbau des Landeskrankenhauses in Speising, 72,8 Millionen Schilling für den Wiederaufbau und schließlich 10 Millionen Schilling zur teilweisen Bedeckung unseres außerordentlichen Voranschlages 1949 aufgenommen. Zusammengefaßt ergibt das also eine Schuldenlast von 116,7 Millionen Schilling, wovon 40,4 Millionen als langfristig fundierte Schuld bezeichnet werden müssen, während der größere Rest von 76,3 Millionen Schilling eine Kontokorrentschuld des Landes darstellt. Wie bereits mein Vorredner ausgeführt hat, bedeutet diese Verschuldung für das Land, daß wir ab 1950 jährlich mit zirka 7 bis 8 Millionen Schilling, oder mit anderen Worten zirka 4% unseres Gesamtbudgets zum Zinsentilgungsdienst heranziehen müssen, das heißt, daß uns 4% des Budgets bei anderen produktiven Arbeiten aber auch bei der Fürsorge des Landes fehlen werden. Wir können weiter feststellen, daß diese gewaltige Verschuldung des Landes, die zum größten Teil in der Weise vorgenommen wird, daß die Landeshypothekenanstalt die notwendigen flüssigen Mittel bereitstellt, die Landeshypothekenanstalt blockiert und daß viele Gemeinden, trotz entsprechender hypothekarischer Sicherstellungen, von der Hypothekenanstalt keine Kredite bekommen können, weil eben die Landeshypothekenanstalt zur Gänze dem Lande verpflichtet ist. Wir kommen also zur Schlußfolgerung, die ich bereits angedeutet habe: Auf dieser Fährte des Wiederaufbaues vermögen wir im Interesse des Landes auf die Dauer nicht zu folgen. Wiederaufbau muß sein, aber er muß angesichts der Verschuldung des Landes produktiver und verantwortungsvoller gestaltet werden. Ich gebrauche das Wort „verantwortungsvoller“ nicht zufällig, da ich damit auf folgende Feststellung komme: Wir haben im Vorjahr den Wiederaufbau in der Höhe von 33 Millionen Schilling durch ein Darlehen gedeckt. Es wurde uns

damals gesagt, daß der Bund dieses Darlehen auf sich nehmen werde. Wir haben zwar hier unsere Einwendungen erhoben, es ist aber zum Schluß doch so gemacht worden. Wir haben beschlossen gehabt, daß diese 33 Millionen nur dann und insoweit aufgenommen werden dürfen, als die Landesregierung hierzu die notwendigen Beschlüsse faßt. So hieß es im Antrag zum Budget und so wurde es auch beschlossen. Wir können feststellen, daß der Gesamtbetrag vom Herrn Finanzreferenten aufgenommen wurde, ohne daß auch nur ein einziger Beschluß in der Landesregierung gefaßt worden wäre. Daraus ergibt sich die klare Konsequenz, daß wir für dieses Darlehen die Verantwortung nicht tragen können. Die Sozialistische Partei lehnt also infolge Verletzung dieses Landtagsbeschlusses durch den Herrn Finanzreferenten die Verantwortung für diesen Wiederaufbaukredit ab. Solche Eigenmächtigkeiten, wie sie sich in den letzten Jahren auch manch hohe Beamte gestatteten — ich erinnere nur an die selbstherrlichen Kreditüberschreitungen im Vorjahre — müssen im Interesse einer sorgsam Gebarung und in Wahrung der demokratischen Verfassung dieses Landes ausnahmslos unterbleiben. Man gebe dem Landtage, was des Landtages, und der Landesregierung, was der Landesregierung ist! So verlangt es eindeutig unsere Verfassung und ihre Verfasser wußten, warum.

Man muß hier feststellen, daß unser budgetäres Gleichgewicht nach Durchführung der vorgesehenen Kreditoperation eigentlich sehr labil ist, denn wir hängen vollständig von den Überweisungen des Bundes ab und dieser wieder ist von den Steuereingängen gemäß der wirtschaftlichen Entwicklung Gesamtösterreichs abhängig. Wir erhalten an Bundesabgaben 154,5 Millionen Schilling, wir erhalten in Form der Landesumlagen, fußend auf den Ertragsanteilen der Gemeinden, 14,6 Millionen und wir erhalten Verwaltungskostenbeiträge, Verpflegungskostenbeiträge, Verwaltungseinnahmen aus der Eigengebarung, 23,2 Millionen Schilling. Das sind unsere Einnahmen, denn das andere sind Kreditoperationen von insgesamt 192,3 Millionen. Wenn wir die Bedarfszuweisungen hinweglassen, die als Durchgangspost bei unserem Budget keine Rolle spielen, können wir feststellen, daß 88% unserer Einnahmen aus Ertragsanteilen des Bundes bestehen. Dabei ergibt sich wohl die Frage: Hat das Land überhaupt noch eine Finanzhoheit? Der Landtag ist eigentlich in Anbetracht des Umstandes, daß wir zu 88% vollständig von den Ertragsanteilen und den Überweisungen des Bundes abhängig sind, nichts anderes als eine Art Verteilungsstelle; er hat bloß zu verteilen, was das Finanzministerium aufbringt, bzw. zuteilt.

Daraus ergibt sich auch, daß wir um so sorgsamer mit der Verteilung der uns zur Verfügung gestellten Beträge und ihrer Kontrolle umgehen müssen. Es ergibt sich daraus aber auch die Frage, ob es nämlich vielleicht nicht doch möglich wäre, landeseigene Steuerquellen zu erschließen. Nach genauer Prüfung der Sachlage und des Vorganges in den anderen Bundesländern kommt man zur Ueberzeugung, daß dies ohne gefährliche Belastung der Gemeinden oder der Wirtschaft nicht leicht möglich ist. Es sind bereits in anderen Ländern diesbezüglich Versuche unternommen worden, eine Benzinsteuern einzuheben, es sind weiter Versuche unternommen worden, eine Landesabgabe auf den elektrischen Strom einzuheben. Wir müssen nach reiflicher Überlegung zu dem Schluß kommen, dies nicht zu tun, denn gerade Steuern auf diesen beiden Gebieten bedeuten zweifellos eine Verteuerung der Produktion und des Transportwesens und wirken sich letzten Endes beim Lohnempfänger aus. Die Verteuerung der elektrischen Energie durch eine Steuer entspricht auch durchaus nicht dem, was mit der Verstaatlichung des Energiewesens erreicht werden sollte, nämlich eine Verbilligung des Kraft- und Haushaltstromes herbeizuführen. Wir sehen also, es bleibt wahrhaftig nicht viel übrig, auf welchen Wegen das Land zu neuen Steuereinnahmsquellen kommen könnte. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der sorgsamsten Verwaltung der Landesfinanzen, es ergibt sich die Notwendigkeit, Verhandlungen der Länder mit dem Bund zu führen, daß neben dem landwirtschaftlichen Wiederaufbau und dem Wohnungswiederaufbau auch der übrige Wiederaufbau, nämlich der Industrie, des Gewerbes sowie der öffentlichen Einrichtungen der Länder und Gemeinden durch ein Bundesgesetz geregelt und zum überwiegenden Teil aus Bundesmitteln finanziert werden muß. Es ist ganz klar, daß der Wiederaufbau nicht in erster Linie Sache der Länder, sondern des Bundes sein kann. Der Wiederaufbau ist durch die Auswirkungen einer Kriegshandlung notwendig geworden, ob mit oder ohne Schuld ist in diesem Zusammenhang nicht zu untersuchen. Die Zentralregierung hat infolgedessen auch alle diese Folgen zu beiseitigen. Der Wiederaufbau ist also, wie gesagt, eine Sache des Bundes und er kann sich dieser Verpflichtung nicht gut entziehen.

Wir verlangen aber auch, daß der Wiederaufbau nicht mehr durch Kreditoperationen zu Lasten der Länder erfolgt, wodurch diese auf Jahrzehnte in schwere Verschuldung geraten, sofern es sich nicht um wertvermehrnde und produktive Investitionen handelt.

Nun noch einige Hinweise auf die Steuerleistung. Wenn wir den Anteil Niederösterreichs

an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben einigermaßen unter die Lupe nehmen, können wir feststellen, daß sich der Betrag von 154,5 Millionen Schilling, den wir 1949 erhalten, wie folgt zusammensetzt: Einkommensteuer 34,3 Millionen, Lohnsteuer 44,1 Millionen. Gegenüber dem Vorjahr zeigt sich bei der Einkommensteuer eine Steigerung von 32%, bei der Lohnsteuer dagegen um 60%. Man könnte vielleicht sagen, daß das darauf zurückzuführen ist, daß die Löhne gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind. Das stimmt. Aber die Steigerung um 60% ist nicht allein damit begründet, sondern es handelt sich da um eine optimistische Annahme des Finanzministers, daß durch eine weitere Entwicklung unserer Industrie und unserer Produktion auch die Zahl der beschäftigten Arbeitskräfte weiter ansteigen und daß sich infolgedessen letzten Endes auch ein höherer Ertrag an Lohnsteuer ergeben wird. Wir wünschen nur, daß der Herr Finanzminister mit dieser optimistischen Auffassung recht behält.

Der Ertrag der Verbrauchssteuern, also der Biersteuer, Weinsteuern, Mineralölsteuer, ist gegenüber dem Vorjahr um 75% zurückgegangen. Wir wissen aber, daß der Nationalrat das neue Weinsteuergesetz heute bereits beschlossen hat, und so hoffen wir, daß vielleicht doch mehr Einnahmen an Weinsteuern eingehen werden, als im Voranschlag vorgesehen ist.

Die Verkehrssteuern weisen keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr auf. Anders ist es wieder bei der Umsatzsteuer, diese zeigt gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 43% und beträgt 60,6 Millionen.

Zusammenfassend können wir also feststellen, daß der Staat und damit natürlich auch das Land, das an den Abgaben des Staates in der Form der Abgabenertragsanteile beteiligt ist, den größten Teil ihrer Einnahmen aus zwei Steuerquellen schöpfen: aus der Lohnsteuer und aus der Umsatzsteuer. Das legt aber dem Staat auch die Verpflichtung auf, bei allen seinen Maßnahmen vor allem auf jene zu blicken, die diese gewaltige Steuerlast aufbringen. Das sind die um Lohn arbeitenden Menschen.

Es mag früher einmal anders gewesen sein, es mag so gewesen sein, daß die Einkommensteuer, also die Steuer der Selbständigen, damals weitaus größer war. Heute ist es aber anders, und es zeigt sich auch in diesem Wandel der Steuererträge, daß die Zeit nicht stehen geblieben ist, daß die arbeitenden Menschen in die erste Reihe der Erhalter des Staates und damit der Gesamtheit aufgerückt sind.

Die wichtigsten Ausgabeposten und ihre Steigerung will ich nicht im Detail darstellen. Ich möchte nur feststellen, daß der ordentliche Voranschlag um 34%, der außerordentliche Voranschlag um 57% und der Wiederaufbau-

voranschlag um 12% gestiegen ist; insgesamt weist der gesamte Landesvoranschlag auf der Ausgabenseite gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 33% auf. Demgegenüber stieg die Einnahmenseite gegenüber dem Vorjahr nur um 30%. Es ist also klar, daß das stärkere Ansteigen der Ausgaben einen gegenüber dem Vorjahr höheren Abgang ergeben muß.

Die Ausgaben bei den einzelnen Kapiteln sind zum Teil wesentlich gestiegen; so beim Gesundheitswesen von 2,7 auf 5,4%, beim Schulwesen von 2,8 auf 3,4%, bei der Landeskultur von 4,8 auf 8,8%, beim Straßen- und Brückenbau von 26,5 auf 32% und beim Schuldendienst von 8,7 auf 9,4%. Die nicht erwähnten Kapitel sind in ihrem Prozentaussatz zu dem Gesamtvoranschlag gleichgeblieben.

Bemerkenswert ist hier wieder, daß der Anteil des Gesundheitswesens an dem Gesamtbudget trotz der Steigerung auf das Doppelte nur 5,4% beträgt, während der Anteil des Kapitels Straßen- und Brückenbau 32% ausmacht. Dabei wissen wir alle, und das wird durch jeden Bericht, den wir erhalten, bestätigt, daß gerade die Tuberkulose in Niederösterreich — und eigenartigerweise vor allem in den ländlichen Gebieten — in ständigem Ansteigen begriffen ist. Wir hätten daher sehr gewünscht, daß als Anteil für das Gesundheitswesen nicht 5,4%, sondern 10% hätten ausgegeben werden können. Das war aber nicht möglich, weil eben das Kapitel Straßenbau einen so hohen Prozentsatz erfordert.

Der unbedeckte Abgang in der Höhe von 16,4 Millionen Schilling soll durch Ersparungen oder Mehreinnahmen, bzw. durch beide zugleich gedeckt werden. Nun, es wird strengste Wachsamkeit am Platze sein, daß sich die Ausgaben tatsächlich nur in Höhe der veranschlagten Einnahmen, bzw. noch unter diesen bewegen, damit es eben möglich wird, den Abgang von 16,4 Millionen im Laufe des Jahres abzudecken. Der Finanzkontrollausschuß wird nicht in der Lage sein, zuzugeben, daß etwa ein Viertel- oder Halbjahresgebarungsausweis unterbleibt, sondern er wird streng darauf sehen müssen, daß alle drei Monate ein solcher Gebarungsausweis erstellt wird, auch wenn es Zeit erfordert, weil es anders nicht möglich ist, rechtzeitig festzustellen, ob die zur Einsparung der 16 Millionen Abgang notwendigen Maßnahmen auch tatsächlich eingehalten und durchgeführt werden.

Mehr über den Voranschlag zu sagen halte ich nicht für notwendig, es wird dies Aufgabe der Spezialdebatte zu den einzelnen Kapiteln sein.

Gestatten Sie mir noch anschließend einige Ausführungen. Es ist anzunehmen, daß dies

der letzte Voranschlag ist, den der Landtag in dieser Zusammensetzung verabschiedet. Wir alle wissen, daß wir im kommenden Jahr zur Wahl gehen müssen. Wir hoffen, daß auch der Landtag neu gewählt wird und daß die Wahlen in einem Gang abgeführt werden können. Es ist also mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß wir in der heutigen Zusammensetzung kein weiteres Budget beschließen werden. Ich möchte diese Tatsache zum Anlaß nehmen, um einen gewissen Rückblick auf unsere Zusammenarbeit, auf unsere Verwaltungspraxis und auf einige andere Dinge zu erhalten.

Zunächst zur Frage der politischen Zusammenarbeit. Es ist in diesem Lande auch vor dem Jahre 1934 immer zusammengearbeitet worden, aber um so notwendiger war die Zusammenarbeit nach dem Jahre 1945, nach den gewaltigen Zerstörungen und Schäden, die der Krieg hinterlassen hat. Es schien also ganz selbstverständlich, daß die Parteien sich in diesem Hause zur Zusammenarbeit zusammenfanden, aber sie ist auch fundiert durch die niederösterreichische Landesverfassung, die ausdrücklich davon spricht, daß sich die Regierung proporzmäßig nach der Stärke der einzelnen Parteien zusammensetzt. Es ist fast nicht einmal die Möglichkeit offengelassen, daß eine Partei faktisch in Opposition tritt; würde sie es tun, dann könnte man theoretisch sagen, sie verletze die Verfassung. Es ist infolgedessen nicht richtig, wie es in letzter Zeit in einigen Blättern der Österreichischen Volkspartei immer häufiger zu lesen ist, daß in Niederösterreich eine Koalition besteht und daß beispielsweise die „Volkspresse“, ein Wochenblatt für das Viertel unter dem Manhartsberg, am 4. Dezember 1948 uns als „unsere sozialistischen Koalitionsfreunde“ und als Koalitionspartei bezeichnet. Es gibt keine Koalition; Koalition würde heißen, daß wir einen Pakt abgeschlossen haben, an den Sie und wir gebunden sind. Sie alle wissen, das ist nicht geschehen und infolgedessen ist diese Bezeichnung nicht richtig. Richtig ist, daß eine vernunftgemäße notwendige Zusammenarbeit besteht und nach unserem Wunsch auch weiterhin bestehen soll. Ich weiß aber nicht, ob dies auf die Dauer möglich sein wird, denn der durch die Österreichische Volkspartei etwas voreilig eröffnete Wahlkampf ist nicht dazu angetan, diese Zusammenarbeit zu fördern.

Die Entschließung der ÖVP am 3. Landestag in Krems bildet keine geeignete Grundlage, diese Zusammenarbeit zu untermauern. Ich werde die Beweise sofort erbringen. Die Österreichische Volkspartei, so heißt es in dieser Entschließung, stelle die Staats-

politik vor Parteipolitik, nicht aber die beiden marxistischen Parteien.

Hierzu muß ich fragen: Wozu diese geflissentliche Zusammenfügung „die beiden marxistischen Parteien“? Sie wissen doch, daß diese Zusammenfügung nicht besteht, die Sie übrigens auch gar nicht wünschen. Ich bin davon überzeugt, daß Sie sie nicht wünschen, Sie können sie gar nicht wünschen, wozu also dann gegenüber der Öffentlichkeit die Sache so darstellen, als ob etwas bestünde, was eben nicht besteht. Wir wissen schon, warum Sie das tun, weil Sie den Teufel von der roten Gefahr an die Wand malen wollen (*Beifall links*). Das geschieht also von Ihnen aus rein agitatorischen Gründen. Ich muß weiter fragen: Ist das Staatspolitik, ist das nicht vielmehr Parteipolitik, überhaupt zu sagen, daß die SPÖ keine Staatspolitik betreibt? Ich muß Sie schon fragen, wer hat in diesem Lande den Kampf um die Freiheit Österreichs begonnen? Wir sind es gewesen, und zwar schon in einer Zeit, wo Sie noch geflissentlich geschwiegen haben. Wenn der Herr Abgeordnete Zach kürzlich sagte: „Aber dafür hat der Schüler jetzt den Lehrer schon überholt und übertroffen“, so nehme ich das zur Kenntnis, aber er hat damit indirekt zugegeben, daß auf diesem Gebiet die Sozialistische Partei der Lehrer, der Frühere, der Ältere gewesen ist. Sie wissen das ebenso genau und es ist daher müßig, darüber eine Debatte abzuführen. Daß dem so ist, beweisen die ständigen Konfiskationen unserer Zeitungen. Warum werden sie konfisziert? Nur deshalb, weil wir für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs bei jeder Gelegenheit eintreten und da oft Dinge sagen, die man anderswo nicht gerne hört. Ich muß Sie schon fragen, welche Partei hat von ihren Anhängern so viel Einsicht und so viel Opfer im Interesse des Staates gefordert als die Sozialistische Partei. Es hat der Herr Landesrat Genner in seiner Rede auf den Marshall-Plan, auf die Währungsreform usw. verwiesen. Ich muß sagen, wir bekennen uns zu dieser Währungsreform! Es war uns nicht leicht, in den Kreisen unserer Anhänger diese Währungsreform populär zu machen, denn sie forderte nicht nur von den Besitzenden, sie forderte von jedem einzelnen sein Opfer. Es ist uns schwer gefallen, unseren Anhängern klar zu machen, daß im Interesse des Staates auch der Kleinste sein Opfer bringen muß und wir haben unseren Standpunkt auch durchgesetzt und heute zeigt sich bereits, daß die Währungsreform notwendig gewesen ist. Ohne Währungsreform hätte es auch keinen Marshall-Plan gegeben. Wenn Herr Landesrat Genner dagegen Stellung nimmt, dann ist es von seinem Standpunkt aus gesehen begreiflich, aber nicht von unserem Standpunkt aus. Sie sagen immer, die

Sozialistische Partei betreibt nicht Staatspolitik, sie stellt Parteipolitik vor Staatspolitik. Was wir gemacht haben, ist Staatspolitik in Taten und nicht in Worten! Glauben Sie uns, wie schwer es uns wird, die Arbeiterschaft zur Einsicht zu bringen, daß trotz der steigenden Preise, die größtenteils durch undiszipliniertes Verhalten der Produzenten und Händler herbeigeführt werden, im Interesse des Staates es doch noch nicht geht, mit den Löhnen gleich hinaufzugehen, weil man dann das Ende nicht absehen kann. Das wissen Sie und Sie sagen trotzdem, die beiden marxistischen Parteien haben keinen Sinn für den Staat, in dem sie leben. (*Zwischenruhe des Abg. Dubovsky.*)

In der Entschließung am Kremser Parteitag heißt es wörtlich (*liest*): „Durch die uneinige und zögernde Haltung der SPÖ ist die demokratische Freiheit in unserem Lande schwer bedroht. Da die beiden marxistischen Parteien in der ÖVP einen mächtigen Sperrblock gegen ihre Diktaturbestrebungen sehen, versuchen sie jetzt, durch neue Parteigründungen eine Schwächung der ÖVP zur Erreichung ihrer eigenen Ziele herbeizuführen. Angesichts dieser Gefahrenmomente kann die bisherige Zurückhaltung der ÖVP in Zukunft nicht mehr geübt werden.“ Dazu muß ich folgendes fragen: Wo wäre der mächtige Sperrblock der ÖVP, wenn nicht die Sozialistische Partei durch ihre einige und entschlossene Haltung tatsächlich die Demokratie bis zum heutigen Tage bewahrt hätte? (*Beifall links.*) In den Satelittenstaaten ist infolge der schwachen Haltung der Sozialistischen Partei nicht nur sie selbst, sondern auch die bürgerliche Partei mit untergegangen; genau so würde es auch hier sein! Sie würden mit uns untergehen! Weil Sie das wissen, sollten Sie nicht solche Dinge behaupten, nur um einige tausend Stimmen zu gewinnen.

In der „Volks-Presse“, die ich schon einmal zitiert habe, heißt es weiter (*liest*): „Die Demokratie ist für die SPÖ nur der Weg zur Erreichung ihres diktatorischen Zieles.“ Hierzu möchte ich sagen: Unser Leitmotiv, das Sie bei allen Parteitagungen lesen können, heißt: „Demokratie unser Weg, Sozialismus unser Ziel!“ Wir wissen und sagen es immer wieder: Sozialismus und Diktatur schließen einander aus! Diese beiden Begriffe kann man nach unserer Auffassung nicht miteinander verbinden, das trennt uns von der Auffassung der Kommunistischen Partei. Wenn nun der Schreiber in der „Volks-Presse“ dies behauptet, dann weiß er das auch sehr genau, aber er behauptet es von wegen der Staatspolitik. Nach seiner Darstellung ist also auch in England, wo die Labour Party auf demokratischem Wege zur Möglichkeit der Verwirklichung ihres Zieles, des Sozialismus, gelangte, eine Diktaturherr-

schaft. Wenn er behauptet, daß unser Ziel Sozialismus Diktatur ist, dann ist also auch für ihn in England, wo der Sozialismus verwirklicht ist, eine Diktatur! Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie lächerlich diese Behauptungen sind. Es steht überhaupt einer Partei, die zu ihrer Vorgängerin in der ersten Republik sowohl ideelle als auch personelle Bindungen hat, schlecht an, sich als demokratischer Sperrblock gegenüber jener Partei hinzustellen, die wie Sie ganz genau wissen, für die Erhaltung der Demokratie zahllose Blutopfer gebracht hat! (*Beifall links.*) Nehmen Sie zur Kenntnis: Die Sozialistische Partei wird den Boden der Demokratie nie verlassen, jetzt nicht und in aller Zukunft nicht! Es ist also ganz überflüssig, solche Behauptungen bloß des Wählerfanges wegen aufzustellen. Man werfe uns unser Streben nach der sozialistischen Gesellschaftsordnung vor und damit werden wir uns in fairer Weise auseinandersetzen. Unterschreiben Sie uns aber nicht Dinge, die der Wahrheit nicht entsprechen!

Ich muß nochmals diese „Volks-Presse“ zitieren (*liest*): „Die Österreicher benötigen keinen Weckruf, um zu wissen, welches Schicksal ihnen wohl blühen würde, wenn eine marxistische Vorzimmerpartei zum endgültigen Weg des Kommunismus ans Ruder des Staatsschiffes käme.“ Wir sind keine marxistische Vorzimmerpartei und es wäre schlecht um das österreichische Volk bestellt, wenn wir als diese angebliche Vorzimmerpartei auf dem Wege des Kommunismus zur Mehrheit in diesem Staate kämen. Weiter heißt es (*liest*): „Halb-Links-Marxisten und Ganz-Links-Marxisten, die nicht schweigen dürfen und mit den Kommunisten zusammen im hintersten Winkel Blutsbrüderschaft trinken usw.“ (*Zwischenrufe auf allen Seiten.*)

Ja, das steht alles darin.

Hierzu möchte ich fragen: Ist die Zeit der Marxistenfresserei wie vor 1934 wieder gekommen? War diese Bezeichnung notwendig? Soll das Streben der Sozialistischen Partei, auf legalem Wege zur Macht zu kommen, wieder ein Verbrechen sein? Kommt nach dieser Brandmarkung des „erschrecklichen“ Wortes „Sozialismus“ auch wieder die Terminologie von dem Köpferrollen usw.? Ich frage Sie ganz offen nur deshalb, weil wir alle verpflichtet sind, einen Wahlkampf in solchen Formen niemals zu führen. Wir hätten ihn in solchen Formen gar nicht eröffnen dürfen, weil wir das Ende eines solchen Wahlkampfes nicht absehen können. Es geschieht alles das nur deshalb, weil man das Privileg der Besitzenden, unter allen Umständen an der Macht zu bleiben, erhalten will:

Man vergesse nicht, daß ein Wahlartikelschreiber selber nicht alles das, was er schreibt,

glaubt. Aber unter den Lesern gibt es sehr viele, die es glauben. Alle sind nicht so abgefeimte Menschen wie die Wahlartikelschreiber, wobei ich nicht sagen will, daß es solche nur auf der einen Seite gibt. (*Heiterkeit.*) Aber man muß auch als Wahlartikelschreiber ehrlich und sich klar darüber sein, welche Wirkungen man auslöst. Deshalb müssen wir alle samt und sonders darüber wachen, daß wir auch in der kommenden Wahlperiode nicht abgleiten auf den Weg, den wir alle zusammen nicht wünschen können.

Soll ich auch noch von der „Blutsbrüderschaft“ und dem „Blutsbrüderschaftstrinken mit der KPÖ im hintersten Winkel“ sprechen? Nein, das will ich nicht! Ich weiß nicht, ob der Betreffende nicht die Gemächer bei Herrn Kristofics-Binder gemeint hat. (*Lebhafter Beifall und Heiterkeit bei den Sozialisten.*)

Und was nützen letzten Endes alle diese Verdächtigungen? Das Volk glaubt sie ja doch nicht und urteilt nach eigener Überzeugung. Blicken wir nach Berlin! Nahezu 65 Prozent haben dort für die Sozialdemokratische Partei gestimmt. Nicht in dem östlichen, im eigentlichen Arbeiter-Berlin, sondern im westlichen, zum überwiegenden Teil bürgerlichen Berlin!

Ich fasse also dieses Kapitel zusammen. Zusammenarbeit heißt nicht das Verkleistern der grundsätzlichen Gegensätze der Weltanschauungen, heißt auch nicht die Preisgabe der Bestrebungen nach der Mehrheit. Selbstverständlich nicht! Es wäre schlecht um eine Partei bestellt, die nicht nach der Macht, nach der Mehrheit im Staate streben würde. Zusammenarbeit heißt aber vor allem anderen faires und loyales Verhalten gegenüber dem Partner und Würde selbst im Falle politischer Meinungsverschiedenheiten.

Und nun noch einige Worte zur Wirtschaftspolitik in Niederösterreich. Die niederösterreichische Bevölkerung ist zum größeren Teil in der Landwirtschaft und zum anderen Teil in Industrie, Handel und Gewerbe tätig. Diesen Gegebenheiten müßte in unseren wirtschaftspolitischen Maßnahmen Rechnung getragen werden. Ich muß aber feststellen, daß dem leider nicht so ist. Hinsichtlich der Landwirtschaft und des Gewerbes ist zweifellos manches geschehen, aber es ist alles Flickwerk und Improvisation. Hinsichtlich der Industrie ist gar nichts geschehen. Industrie-Wiederaufbauförderung ist in diesem Lande bisher ein spanisches Dorf. Es herrscht Tatenlosigkeit trotz schwerer Kriegs- und Nachkriegszerstörungen und Demontagen gerade auf dem Gebiet der Industrie in Niederösterreich. Ja, wenn wir weiter so fortfahren, was wird die zwangsläufige Folge sein? Zunehmende Arbeitslosigkeit.

keit! Ich verweise darauf, daß bereits heute im Triestingtal eine große Zahl von Menschen arbeitslos ist. Sie warten darauf, daß etwas für sie geschieht. Die Gemeinden befinden sich dort infolge der darniederliegenden Industrie, wodurch ihnen Einnahmen entgehen, in einer großen finanziellen Notlage, und dabei sollten sie gerade deshalb, weil sie Arbeitslose haben, auf dem Gebiete der Fürsorge mehr leisten können. Sie können aber nicht mehr leisten, sie können nicht einmal mehr das Normale leisten, weil es ihnen an Einnahmen fehlt.

Wir können feststellen, daß ohne viel Aufhebens Industrieverlagerungen stattfinden. Wir wissen um das Abwandern erprobter Facharbeiter usw. und obwohl wir das alles wissen, muß auf diesem Gebiet festgestellt werden, daß keinerlei Initiative, keinerlei großzügige Planung, ja kaum eine richtige Schadensfeststellung bisher erzielt wurde.

Wir verlangen deshalb eine planmäßige Industrieförderung. Wir haben bereits vor zwei Jahren in diesem Hause einen Antrag auf Errichtung eines Wiederaufbaureferates gestellt; der Antrag ist auch tatsächlich angenommen worden. Geschehen ist bis heute nichts und, wie mir bekannt ist, vor allem deshalb nichts, weil sich die Österreichische Volkspartei in diesem Hause geweigert hat, den Sektor Industrie in diesem Wiederaufbaureferat unter die Leitung des sozialistischen Gemeindefeferenten zu stellen, der als solcher selbstverständlich ungezählte Berührungspunkte mit der Industrie in den Gemeinden hat. Daran ist diese Frage gescheitert; daran dürfte sie aber nicht scheitern und wir hoffen nur, daß es möglich sein wird, die hier bestehenden Schwierigkeiten in kürzester Zeit zu überwinden. Wir ersuchen deshalb erstens um sofortige Errichtung dieses Referates unter Leitung von Vertretern beider Parteien, zweitens um Ausarbeitung von Industrieförderungsplänen im Zusammenwirken mit allen hierzu berufenen Stellen, drittens um Maßnahmen gegen ungerechtfertigte Industrieverlegungen, viertens um Verhinderung der Abwanderung von Facharbeitern durch Notstandsarbeiten, die eingeleitet werden müssen, und fünftens um die Sicherung des Facharbeiternachwuchses, unter anderem auch durch Errichtung des bereits vom Landtag beschlossenen Lehrlingsheimes, das es niederösterreichischen Kindern ermöglicht, sich in Wien zu Facharbeitern auszubilden. Wir werden diese Facharbeiter einmal sehr notwendig brauchen.

In der Landwirtschaft ist, wie ich bereits sagte, manches geschehen, und das ist richtig. Die niederösterreichische Landwirtschaft ist in unserer Wirtschaft und überhaupt in der österreichischen Gesamtwirtschaft ein entscheidender

Faktor. Von 1,9 Millionen Hektar Gesamtfläche Niederösterreichs entfallen auf Grabland, worunter Äcker, Gärten und Weingärten verstanden sind, 909.597 ha oder 47,14%, auf Grasland — Wiesen, Hutweiden und Almen — 278.373 ha oder 14,43%, mithin beträgt der Kulturboden Niederösterreichs 1.187.970 ha oder 61,57% des gesamten Bodens von Niederösterreich. Dieser gewaltige Kulturboden ermöglicht es Niederösterreich ja auch, die Hälfte des österreichischen Gesamtkontingentes an notwendigen Lebensmitteln aufzubringen. Aber der Ertrag könnte noch gesteigert werden, wie alle, die von diesen Dingen etwas verstehen, unvoreingenommen zugeben, und eine Steigerung der Lebensmittelproduktion wäre gerade das, was wir brauchen. Wir wissen, daß von den Lieferungen, die im Rahmen des Marshall-Planes nach Österreich kommen, derzeit 60% aufgewendet werden müssen, um das an notwendigen Nahrungsmitteln sicherzustellen, was uns fehlt. Könnten wir das Verhältnis nur umkehren! Wäre unsere Landwirtschaft imstande, 60% der Ernährung zu decken, dann könnten um viele Millionen mehr Rohmaterial und Industriegüter eingeführt werden, die in erster Linie ja doch der Landwirtschaft zugute kommen könnten, die all diese Dinge braucht, und darüber hinaus selbstverständlich der gesamten Wirtschaft Österreichs.

Wir verlangen deshalb auch hier die rascheste Inangriffnahme von verschiedenen Reformen, die es ermöglichen, auch die Landwirtschaft noch höher zu steigern als dies bisher in diesem Lande geschehen ist. Wir stellen uns vor, daß da raschest Pläne erstellt werden müssen, die die im Lande notwendigen Bewässerungen und Entwässerungen beinhalten. Wir stellen uns weiter vor die Erstellung von Plänen und die Schaffung der gesetzlichen Grundlage zwecks Durchführung umfassender Meliorationen. Erst, wenn das geschehen ist, können wir an eine systematische Förderung der Technisierung der Landwirtschaft schreiten. Es hat einer Ihrer Herren im Ausschuß bemerkt, solange wir diese schmalen Äcker haben, können wir nicht an eine Technisierung der Landwirtschaft denken. Es muß weiter raschestens daran geschritten werden, ehestens ein modernes Tierzuchtförderungsgesetz, das Herr Landesrat Steinböck bereits in Angriff genommen hat, tatsächlich zu erlassen. Sie wissen, was sich in diesem Lande tut. In meiner Eigenschaft als Kontrollausschußobmann ist mir da manches zur Kenntnis gekommen.

Wir verlangen weiter beschleunigten Ausbau der landwirtschaftlichen Pflichtfortbildungsschulen und der Fachschulen. Wir stellen uns auch die rascheste Durchführung einer den

österreichischen Verhältnissen entsprechenden Bodenreform vor, die bereits erwähnt wurde, und die Einsetzung eines Bodenreformausschusses.

Weiter verlangen wir den Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens im Sinne einer Koordinierung dieser landwirtschaftlichen Einrichtungen mit den Verbrauchergenossenschaften.

Alles das sind nicht Dinge, die wir erfinden, alles das sind Dinge, die bereits in der Praxis heute als vorbildlich bezeichnet, und die bereits anderswo durchgeführt sind.

Auf dem Gebiete der Gewerbeförderung wurde schon manches getan. Wir alle wissen, daß noch zahlreiche zerstörte Betriebe, insbesondere Gasthöfe und Hotels arg devastiert sind und daß es mit den bisherigen Förderungsbeiträgen nicht möglich ist, hier die notwendigen Restaurierungen durchzuführen.

Fremdenverkehr! Wir wissen, daß dieser zu einer der ergiebigsten direkten und indirekten Einnahmequellen des Landes gemacht werden kann. Niederösterreich bildet das Hinterland zu Wien. Von hier strömen Tausende und aber Tausende hinaus als Wanderer, Urlauber, Wintersportler usw. Die Wiener besuchen unsere Höhenluftkurorte und unsere Bäder, und bringen dadurch Geld in unser Land. Es ist notwendig, daß wir eine gewisse Umstellung durchführen, so wie dies z. B. in der Schweiz geschehen ist. Wir dürfen uns nicht nur darauf verlassen, daß aus dem Ausland besonders kapitalkräftige Menschen zu uns kommen werden — wenn sie zu uns kommen, ist es gut —, wir haben aber in der Großstadt Wien Menschen genug, die nach Niederösterreich gehen, wenn wir ihnen den Aufenthalt dort auch erschwinglich machen. Heute herrscht auf dem Semmering allgemeine Notlage und dort gibt es fast keinen Unternehmer, der nicht Steuern schuldig ist und selbst Telefonrechnungen und Stromrechnungen nicht bezahlen kann. Nach dem Abzug der Besatzungstruppen, die dort untergebracht waren, mußten ungeheure Gelder in diesen Betrieben investiert werden. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß eine Reihe von gutwilligen Pächtern abgewirtschaftet hat. Sie haben in die Betriebe Gelder hineingesteckt und dann mußten sie von dort weg. Aus eigener Kraft wird sich die Hotellerie auf dem Semmering nicht aufbauen lassen, das Land wird hier helfend eingreifen müssen. Wir schlagen daher die rascheste Schaffung eines Fremdenverkehrsgesetzes vor, wenn es nicht anders möglich ist, als Landesgesetz, wobei wir nicht auf die Erlassung eines Bundesrahmengesetzes warten sollen. Die Errichtung eines niederösterreichischen Fremdenverkehrs- und Reisebüros wäre ebenfalls in Erwägung zu

ziehen. Das sind alles Dinge, die nicht vorhanden sind, von denen wir aber schon seit mehr als zwei Jahren reden. Wir verlangen drittens auch individuelle Förderungsmaßnahmen nach den Vorschlägen des Wiederaufbaureferates.

Nun komme ich zum letzten Kapitel: Unsere Verwaltung. Ein Hauptmangel der niederösterreichischen Verwaltungspraxis ist, wie bereits heute festgestellt worden ist, die Planlosigkeit, und die können wir nicht abstreiten. Es wird planlos gearbeitet, es fehlt eine gewisse Zielstrebigkeit. Wir stellen Wankelmütigkeit in der Entschlußkraft fest, das gilt besonders hinsichtlich der politischen Verwalter aus den Reihen der Mehrheit dieses Hauses. Das muß zwangsläufig so sein, denn die politischen Verwalter der Mehrheit dieses Hauses stehen unter einer doppelten Kuratel. Sie stehen nämlich unter einer hausfremden Politik, die unsere zuständigen, verantwortlichen Herren der ÖVP oft jeder selbständigen Entscheidungsfreiheit beraubt. Ich zeige das nicht so von ungefähr auf, denn es ist tatsächlich so. Weiter stehen die verantwortlichen Herren vielfach unter der Kuratel der hohen Bürokratie in diesem Hause, die zwar — das sei zugegeben — sehr gefällige, glatte Umgangsformen hat, dabei aber eine parteimäßig rücksichtslose, wenngleich sehr engstirnige Politik verfolgt. Unter diesen Umständen gestehe ich zu, daß die verantwortlichen Herren der ÖVP in der Landesregierung oft trotz guten Willens nicht das machen können, was sie gerne wollten, weil sie eben nicht dürfen. Das führt natürlich im Lande bei der Verwaltung zu Spannungen und Verzögerungen so manchen Verwaltungsablaufes. Die hohen beamteten Verwalter zeichnen sich teils durch Arroganz, teils durch Ignoranz aus. Ich stelle das hier fest, weil ich auch freimütig feststelle, daß das nicht eine allgemeine Behauptung ist. Es gibt auch eine ganze Reihe recht rühmlicher Ausnahmen! Ich will nur keine Namen nennen. Aber ebenso richtig ist es, was ich vorher sagte. Ignoranz: Zunächst beweist sie sich darin, daß Landtagsbeschlüsse nicht durchgeführt werden. Und wenn Herr Landesrat Gemner sagte, die Beamten trifft nicht die Schuld, so hat er recht, sofern es sich um das Gros der mittleren oder niederen Beamten handelt. Aber die hohen Beamten trifft die Schuld, wenn Beschlüsse des Landtages nicht durchgeführt werden. Ihre Aufgabe ist es, die verantwortlichen Politiker immer und immer wieder darauf hinzuweisen: Was ist es mit diesen Beschlüssen? Wir wissen, daß die Verwaltungsreorganisation seit zwei Jahren nicht nur nicht durchgeführt, sondern überhaupt noch nicht in Angriff genommen wurde. Wir wissen, daß Buchhaltungsinstruktion, Kassen-

instruktion, Haushaltsordnung usw. seit mehr als zwei Jahren vom Finanzkontrollausschuß begehrt werden, daß der Oberste Rechnungshof ebenfalls in seinem Bericht, den er kürzlich der Landesregierung vorgelegt hat, auf das Fehlen dieser notwendigen Vorschriften verwiesen hat, und trotzdem ist dem Hohen Landtag bisher keine dieser notwendigen Vorschriften zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Das Präsidium ist seit langer Zeit mit der Durchführung wichtiger Maßnahmen auf dienstrechtlichem und personellem Gebiete in Verzug. Ich erwähne die Erlassung einer Landesdienstzweigeverordnung, die Erlassung einer Landesnebengebührenverordnung, die Durchführung der Pragmatisierung, die Durchführung der Vordienstzeitenverordnung, die Bereinigung der Nationalsozialistenfrage im Landesdienst usw. Alles das sind Dinge, die schon monatelang liegen und keiner Erledigung zugeführt werden. Hierzu kommt noch eine unzuverlässige Arbeitseinteilung und die völlig unzureichende Heranziehung der Personalvertretung zur Mitwirkung bei all diesen Fragen. In allen diesen Belangen heißt es oft rasch, rasch entscheiden, womöglich in Stunden oder von einem Tag auf den anderen. So kann man das natürlich nicht machen. Man kann nicht in schweren, für das Personal entscheidenden Fragen, als Gewerkschaftspersonalvertreter innerhalb weniger Stunden eine Entscheidung treffen. So betrachtet, müssen wir sagen, die Adelstitel auf den Türschildern der Büros, die wir früher hatten, sind wohl verschwunden, aber der Geist der damaligen Zeit ist vielfach noch geblieben. Es zeigt sich auch in einer geflissentlichen Konservierung durch rücksichtslose Personalpolitik. Es gibt keinen einzigen Referatsleiter in diesem Hause, der der Sozialistischen Partei angehört.

Es gibt ungezählte kleinere Angestellte, die sich aus Furcht vor Bestrafung nicht als Sozialisten zu bekennen trauen. Ja, im stillen Winkel kommen sie oft und erklären uns: Ich traue mich nicht, denn wenn ich das tue, folgt in irgendeiner Form eine Präterierung. Das hier festzustellen, Hoher Landtag, ist meine Aufgabe. Und ich sage hier ebenso offen: die treibende Kraft hier ist die Bürokratie. Ihr Unrecht ist aber sinnlos und muß sich letzten Endes gegen sie selbst wenden. Mit Druck kann man weder Charaktere noch Parteianhänger erzielen. Das ist ein Unglück für das Land und für seine öffentlichen Einrichtungen und Schulen, wo überall das gleiche gemacht wird.

Ebenso sieht es in der Außenverwaltung aus, z. B. bei den Bezirkshauptmannschaften. Es klingt vielleicht stark und hart, wenn ich sage, daß dort teilweise eine Art Paschawirtschaft

herrscht. Ich will nicht in die Details eingehen, es ist hierzu vielleicht nicht der Ort, aber irgendwo muß darüber gesprochen werden. Was da für Aufwand getrieben wird! Das kann nicht so bestehen bleiben.

Damit sind wir bei einer Frage angelangt, die wieder zu der Entschließung von Krems zurückführt, zur Frage der demokratischen Bezirksverwaltung. In der Entschließung des ÖVP-Parteitag in Krems heißt es, daß alle Bestrebungen, die zu einer sogenannten Demokratisierung der Bezirksverwaltung führen können, abgelehnt werden. Als Grund wird angegeben, daß dies zur Aufspaltung der Bundesländer in Kantonalregierungen führen würde, was eine ungeheure finanzielle Last erfordere.

Hoher Landtag! Diese Feststellung in der Entschließung von Krems steht in Widerspruch zu programmatischen Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers, die er in dieser Frage anlässlich der Wahlen im November 1945 abgegeben hat. Diese Entschließung steht auch in Widerspruch zu einer Entschließung, die wir vor zwei Jahren in diesem Hause gefaßt haben und in der wir die Bundesregierung ebenfalls aufgefordert haben, im Sinne der Demokratisierung der Bezirksverwaltung etwas zu unternehmen. Ich muß also feststellen, daß diese Entschließung einerseits ein Abgehen, eine Verleugnung von Wahlversprechungen bedeutet und zweitens eine Mißachtung eigener Beschlüsse.

Man spricht da auch von Aufspaltung. Wir hatten ja die Bezirksverwaltung bereits aufgespalten: wir hatten Bezirksschulräte, Bezirksfürsorgegeräte, Bezirksstraßen Ausschüsse. Ein Großteil der Agenden der Bezirksverwaltung war ja schon aufgespalten. Ist dadurch die Bezirksverwaltung überflüssig geworden? Keinesfalls! Sie wird auch bei vollständiger Aufspaltung nicht überflüssig werden, sondern sie wird überhaupt leichter arbeiten und an dieser Arbeit auch das Volk in den einzelnen Bezirken teilnehmen lassen.

Eine teure Einrichtung? Nein! Eine ganz einfache Frage: Wenn viele Gemeinden gemeinsam eine rationelle Einrichtung für das Straßenwesen, die Fürsorge, das Wohlfahrtswesen und das Schulwesen schaffen, soll das teurer kommen als wenn das jede einzelne Gemeinde versucht, was sie ja gar nicht trifft? So wird gar nichts gemacht, weil die einzelne Gemeinde das finanziell nicht schaffen kann. Auch dieser Einwand ist also nicht stichhältig.

Und dann ist es überhaupt nicht am Platze, diese Einrichtung als eine „falsche Demokratie“ zu bezeichnen. Wenn wir einen Blick auf unseren ganzen staatlichen Aufbau werfen, dann sehen wir die demokratische Einrichtung

des Parlaments, die demokratische Einrichtung der Landtage und die demokratische Einrichtung der Gemeinden. Nur eine Lücke ist da: es gibt keine demokratische Bezirksverwaltung. Da sitzt ein ernannter allmächtiger Herr Bezirkshauptmann, eine Einrichtung, die bekanntlich aus der Zeit des absoluten Kaisertums stammt. Warum soll diese Lücke im Aufbau unserer demokratischen Gesetzgebung und Verwaltung nicht geschlossen werden? Das kann niemandem einleuchten und alles, was man dagegen anführt, ist falsch.

Der Landeshauptmann wird auch nicht ernannt, sondern gewählt, und diese Einrichtung bewährt sich unter der Kontrolle der ihm beigegebenen Körperschaft doch zweifellos ganz ausgezeichnet! Warum sollte sich der gewählte Bezirkshauptmann nicht ebenso bewähren können? Der Grund liegt wieder in der Personalpolitik. Sie wollen sich wenigstens in einem Teil der Verwaltung durch Ernennung des Ihnen passenden Bezirkshauptmannes einen überragenden Einfluß sichern.

Und da ist die Entschließung von Krems immer wieder sehr aufschlußreich. Es heißt da (*liest*): „Der Landesparteitag in Krems wird zum Zwecke einer durchgreifenden Personalpolitik beauftragt, Schritte zu unternehmen, um Arbeiter und Angestellte, die unserer Weltanschauung angehören, auf Grund ihrer fachlichen Eignung auf entsprechenden Posten unterzubringen.“

Ich möchte Sie nur fragen, wie Sie auf diesem Gebiet noch durchgreifen wollen? Das geht ja nur mehr in der Form, daß Sie Ihre eigenen Leute absetzen, denn zumindest an Spitzenposten sitzen ja keine anderen, als Leute, die Ihrer Partei angehören.

In Beachtung dieses Ihres Grundsatzes muß ich feststellen, daß die fachliche Eignung zum Bezirkshauptmann derzeit auf Grund ihrer Weltanschauung ausnahmslos ÖVP-Angehörige haben, weil es eben keine anderen dort gibt, außer dem Leiter der Expositur in Lilienfeld, der aber nicht als Bezirkshauptmann in diesem Sinne angesprochen werden kann. Sehen Sie, das scheint der wahre Grund für die Ablehnung dieser unbestreitbar demokratischen Forderung zu sein. Derzeit liegt übrigens im Ministerium ein neuer Entwurf und die Landesregierung wird aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen. Wir werden bei dieser Stellungnahme nicht verabsäumen, unser Minderheitsvotum abzugeben. Im übrigen wird auch diese Frage durch das Parlament entschieden werden und vielleicht auch im kommenden Wahlkampf eine Rolle spielen.

Nun abschließend einige Worte zur Wahl selbst. Ihr Zeitpunkt ist ungewiß, voraussichtlich werden die Neuwahlen im Herbst 1949 sein.

Aber wie ich bereits feststellte, wird die Österreichische Volkspartei schon jetzt sehr nervös (*Ruf bei der Volkspartei: Keine Ursache!*), sie gebraucht starke Worte, ich habe sie vorgelesen und nicht verdächtigt, sie faßt noch stärkere Entschließungen, sie verlangt eine noch „durchgreifendere“ Personalpolitik, hat Angst vor neuen Parteien und gehäht sich überdemokratisch, indem sie „aufgelockerte“ Listen verlangt usw. Sehen Sie dazu unsere Stellungnahme: Wir haben an der Entstehung neuer Parteien gar kein Interesse, wir stehen aber auch auf dem Standpunkt, daß wir die Bildung neuer demokratischer Parteien nicht verhindern werden, weil nirgends geschrieben steht, daß es nur eine antisozialistische Partei geben darf, die alle Vorteile einer solchen privilegierten Stellung ein für allemal für sich in Anspruch nehmen kann. Das ist ein klarer, ganz eindeutiger Standpunkt.

Die Forderung nach Auflockerung des Listenwahlrechtes lehnen wir als unernst ab. Es wird auf diese Weise kein Kandidat, der nicht auf der Liste steht, gewählt werden, denn wollte man das, dann müßte man es ja organisieren, damit er wirklich so oft auf die Stimmzettel kommt, als notwendig ist, daß er die entsprechende Stimmenzahl auf sich vereinigt. Will man ihn also wirklich da hineinbringen, trotzdem er nicht auf der Liste ist, dann nehme man ihn gleich auf die Liste, dann ist er ja ohnehin ein Mann, der darauf gehört.

Das gleiche gilt für das Anhängen. Man müßte das organisieren, damit wir diese Angehängten, diese demokratischen „Häkinger“, wie wir sie bezeichnen können, so vor- oder zurückreihen, daß dabei irgend etwas herauskommt. Das ganze würde also sehr umfangreiche Organisationsarbeiten neben und zwischen der Wahl erfordern, die zweifellos von niemand geleistet werden und auch zu keinem Ergebnis führen können, scheinbar auch gar nicht sollen. Wozu also ein mehr oder weniger fiktives demokratisches Mäntelchen? Das hätte gar keinen Sinn. Wir sind der Meinung, daß das ein fadenscheiniges und dabei sehr teures Mäntelchen ist, wenn wir uns die technischen Arbeiten vorstellen, die z. B. notwendig sein würden, um alle Haken zu zählen: (*Ruf bei der Volkspartei: Schon geleistet!*) Vor den Wahlen schon? (*Heiterkeit.*)

Hoher Landtag! Ich bin damit am Schlusse angelangt. Ich habe mich bisher mit der Landesverwaltung und in erster Linie mit der Österreichischen Volkspartei beschäftigt. Das ist begreiflich, denn sie ist die Mehrheitspartei in diesem Hause und sie trägt die Verantwortung für das, was geschieht, sie gibt ja den Ton an. Ich habe mich nicht mit der Kommunistischen Partei beschäftigt, weil ich auf dem

Standpunkt stehe, daß sich das erübrigt. Die Kommunistische Partei als nichtösterreichische Partei ist ja dem österreichischen Volke gegenüber nicht verantwortlich. Das muß zwangsläufig so sein! Denn was ihr Auftraggeber, ihr Kurator, dem österreichischen Volk im allgemeinen und dem niederösterreichischen im besonderen an Hemmungen, Neid und Demütigungen in den letzten drei Jahren zugefügt hat, unverdient zugefügt hat, das kann man nicht verantworten. Soll ich im Einzelnen anführen, was wir täglich hören und lesen, soll ich wiederholen, was vor einigen Tagen im Parlament berichtet wurde (*Abg. Dubovsky: Der Geheimbericht vom amerikanischen Geheimdienst!*), soll ich das zielstrebige Wirken der Kommunistischen Partei nach künstlicher Erzeugung sozialer Spannungen, nach dem wirtschaftlichen und politischen Chaos aufzeigen? (*Abg. Dubovsky: Das sagt ein Sozialist!*) Ja, weil es die Wahrheit ist! Das österreichische Volk hat sich längst sein Urteil gebildet und wird dieses am Wahltag deutlich zum Ausdruck bringen.

Zum Abschluß hätte ich eine dringende Frage an die Vertreter der Kommunistischen Partei in diesem Hause zu richten. Ich habe dies auch im Vorjahr getan. Wieder steht das Fest des Friedens vor der Tür! Ich frage als Mensch zu Mensch: Wo sind denn unsere Brüder Gruber und Riefler? (*Lebhafter Beifall von links.* — *Abg. Dubovsky: Gruber ist von einem Sozialisten vernadert worden, ein Sozialist war es, der ihn vernadert hat!* — *Landesrat Schneidmadl: Deswegen mußte er eingesperrt werden? Und du bist mit diesen Methoden einverstanden.* — *Abg. Dubovsky: Du brauchst überhaupt nichts zu reden, du Hochverräter.* — *Zahlreiche Zwischenrufe und großer Lärm.* — *Landesrat Schneidmadl zu Abg. Dubovsky gewendet: Du elender Schuft!* — *Abg. Dubovsky zu Landesrat Schneidmadl: Was willst denn, du Dreckschwein!* — *Landesrat Schneidmadl zu Abg. Dubovsky: Du elender Schuft!* — *Abg. Dubovsky: Hochverräter!* — *Landeshauptmannstellvertreter Popp zu Abg. Dubovsky: Du hast es notwendig, von Hochverrat zu reden!* — *Abg. Dubovsky: Der alte Tepp!* Ich werde hier den Hochverrat des Herrn Landesrates Schneidmadl vorlesen, ich werde beweisen, daß er Hochverräter ist! — *Zahlreiche Zwischenrufe und großer Lärm im Saal.* — 3. Präsident gibt das Glockenzeichen und mahnt zur Ruhe. — *Landeshauptmannstellvertreter Popp: Das ist ein Volksvertreter? Das ist ja ein Kabskutscher.*)

3. PRÄSIDENT: Herr Abg. Dubovsky, ich rufe Sie zur Ordnung! (*Abg. Dubovsky: Es ist kein Grund, mich zur Ordnung zu rufen!*

— *Landesrat Schneidmadl: Das ist ja ein Pütcher, so schaut ein Volksvertreter aus, ein Pütcher ist er, sonst nichts.*)

3. PRÄSIDENT: Ich bitte das Hohe Haus um Ruhe, sonst müßte ich die Sitzung unterbrechen. Ich bitte den Herrn Abg. Vesely, in seiner Rede fortzufahren.

Abg. VESELY (*fortfahrend*): Ich war am Ende und wollte nur im Namen der beteiligten Angehörigen und im Namen der Menschlichkeit diese Frage an den Vertreter der Kommunistischen Partei in diesem Hause gerichtet haben.

Abschließend erkläre ich namens meiner Fraktion, daß wir für den Voranschlag stimmen werden. (*Beifall links.*)

3. PRÄSIDENT: Als nächsten Redner zur Generaldebatte erteile ich dem Herrn Abgeordneten Z a c h das Wort.

Abg. ZACH: Meine sehr verehrten Frauen und Herren des Hohen Landtages! Für jeden aufrechten Demokraten ist es betrüblich, wenn in diesem Hause wieder Methoden einzuziehen scheinen, die als überwunden galten. (*Rufe: Sehr richtig!*)

Wenn ich jetzt zum Voranschlag für das Jahr 1949 Stellung nehme, so möchte ich an die Spitze meiner, wie ich hoffe kurzen Ausführungen, den Satz stellen: Wir sind voll Genugtuung darüber, daß es uns gegönnt ist, heuer noch vor Jahresschluß den Voranschlag für das künftige Verwaltungsjahr beraten und beschließen zu können. Wenn man bedenkt, welche unerhört große Arbeit ein solcher Voranschlag erfordert, dann muß man sagen, daß eine wirklich große Arbeit geleistet wurde. Daher möchte ich an die Spitze meiner Ausführungen den Dank an das Finanzreferat und an alle Mitarbeiter für die Erstellung dieses Voranschlages stellen. (*Beifall rechts.*) Besonders unterstrichen muß hier noch werden, daß diese Arbeiten trotz der großen Lücken, die in der geschulten Beamtenschaft gerade in diesem Referat noch immer vorhanden sind, rechtzeitig geleistet werden konnten. Ich möchte sagen, der Herr Abgeordnete Vesely hat nur bedingt recht, wenn er sagt, es wäre wohl möglich gewesen, noch einen Monat oder sogar sechs Wochen vorher diesen Voranschlag bereits einzubringen. Wir wissen doch alle, welche schwierige Verhandlungen sowohl im Finanzreferat als auch in der Landesregierung notwendig waren, um den Abgang von 33 Millionen, der ursprünglich aufschien, auf das erträgliche Maß von 16 Millionen zurückzuführen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß kein Referent, ob das nun ein sozialistischer oder ein ÖVP-Referent ist, leichten Herzens von seinem verlangten Betrag etwas nachläßt. Dieses Ringen um einen

wenigstens halbwegs ausgeglichenen Voranschlag war die Ursache der verspäteten Vorlage. Ich möchte also sagen, daß dieser Voranschlag uns mit einem gewissen Gefühl der Zufriedenheit, vielleicht noch mehr des Stolzes, erfüllen kann. Ich glaube, durch immerwährendes Wiederholen des Negativen und durch das Wiederholen von Wünschen, die noch so berechtigt sein mögen, bekommt unser Volk nicht die richtige Auffassung von der Arbeit, die in diesem Hause geleistet wird. (*Rufe rechts: Sehr richtig!*) Ich möchte da ein praktisches Beispiel aus dem Leben herausgreifen: Eine Brandkatastrophe hat einen Hof vollständig eingäschert. Da beklagen sich dann die Insassen dieses Hofes, daß nicht gleich nach Löschung des Brandes wieder dieselben günstigen Lebens- und Wohnungsmöglichkeiten vorhanden sind, wie sie vor dem Brand bestanden haben. Dabei ist es nun möglich, daß der von diesem Brand Betroffene nicht versichert war, so daß er, wenn sich in einem solchen Falle nicht mildtätige Menschen finden, die ihm freiwillig beistehen, überhaupt diesen Hof verlassen muß, weil er ja ohne fremde Hilfe überhaupt nicht in der Lage ist, den Hof wieder aufzubauen. Ist er aber versichert, so müssen auch die Versicherungsträger einspringen. Die Geschichte lehrt uns aber, daß bei großen Katastrophen auch die Versicherungsträger nicht in der Lage waren, die Schäden in ihrer vollen Gänze wieder gutzumachen. Es mußten da Land und Bund einspringen und auch dann ist es oft nicht möglich, alle Folgen der Katastrophe abzuwenden.

Diesen Vergleich habe ich gemacht, weil ich sage, ebenso ist es mit unserem Vaterland bestellt, ausgebrannt bis auf die Grundfesten in wirtschaftlicher Beziehung. Und nun müßte man sagen, daß es auch andere gibt, die herangezogen werden könnten, um diese Katastrophe gutzumachen: die Urheber dieses Krieges. Wir alle wissen, wer es war. Kann aber der heute etwas zahlen? Nein. Wir können uns auch an diesen nicht halten und sind deshalb auf fremde Hilfe angewiesen.

Für jeden aufrechten Menschen ist es sehr bedrückend, von fremder Gnade zu leben. Auch für unser Volk ist es eine schwere Herzenslast, daß wir in diese unsagbar traurige Situation gekommen sind. Aber die Situation besteht und daher sage ich: Wenn es trotzdem möglich war, für den Wiederaufbau, für die Wirtschaftsförderung, für die Hebung und Verbesserung des Gesundheitswesens, für das Siedlungswesen, für Stipendien für begabte Schüler solche Beträge in das Budget einzusetzen, die es in glänzenden Zeiten der Wirtschaft nicht gegeben hat, so sind das Leistungen, die sich nicht nur in sozialer Beziehung, sondern in vielen anderen Richtungen sehen lassen

können! Es geht daher nicht an, daß man sagt: Ja, aber Schulden sind gemacht worden! Der von der Katastrophe betroffene Einzelbesitzer muß auch Schulden machen, weil er die Voraussetzungen für die Bewirtschaftung seines Hofes wieder schaffen muß.

Wenn gesagt wird, ja, für Straßenbauten werden 32% aufgewendet und für die Kranken, für das Gesundheitswesen nur 5,4%, dann muß ich Sie, meine sehr verehrten Herren von der Sozialistischen Partei und von der Kommunistischen Partei fragen: Glauben Sie, daß es uns nicht auch lieber wäre, wir hätten dafür mehr als 10% einsetzen können, wenn es die Wirtschaft schaffen kann? Aber — ich komme wieder auf mein Beispiel zurück — wenn nicht nur der Hof abgebrannt ist, sondern auch die Gesundheit der Familienmitglieder bei der Katastrophe geschädigt wurde, dann ist es eben dem davon Betroffenen nicht möglich, für die kranken Familienmitglieder das aufzuwenden, was er gerne möchte, er kann sie oft nicht einmal in das Krankenhaus geben und viel weniger noch irgendwohin auf Erholung schicken.

Auch bei uns besteht der Wunsch und die Sehnsucht, daß bald die Zeit kommen möge, wo wir diesen so hart Betroffenen, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit nicht nur ihr Hab und Gut, sondern auch ihre Gesundheit verloren haben, wieder helfen und ihre Gesundheit wiederherstellen können.

Auf die Zahlen des Budgets will ich nicht mehr eingehen, weil sie so klar und deutlich vor uns liegen, weil jeder in sie, auch wenn er nicht in diesem Hause sitzt — und Voranschläge sind öffentliche Bücher, sage ich immer —, Einsicht nehmen kann. Er wird alles, was dort niedergelegt ist, verstehen, weil es an Klarheit schon gar nichts zu wünschen läßt.

Unser lieber Herr Landesrat Schneidmull hat einmal gesagt, er sei der Gräschensucher. Wenn die stolzen Mäher schon über die Wiesen hinweggegangen sind und das Gras abgemäht haben, bleibt für den Nachfolgenden nichts anderes mehr übrig als Gräschen zu suchen. Man könnte sie auch die Brosamen nennen, die da noch aufzunehmen sind.

Wenn der Herr Landesrat Genner sagte, der Ernst zeige sich in den Schulden, so sage ich, jawohl, der Ernst zeigt sich in den Schulden! Auch wir fühlen es, daß die Grenze erreicht ist. Der Herr Abg. Vesely hat ja schon gesagt, warum die Darlehen aufgenommen werden mußten: weil der Bund seiner Verpflichtung, für die Kosten des Wiederaufbaues aufzukommen, bisher noch nicht nachgekommen ist. Und es gehört zu den vornehmlichsten Aufgaben dieses Hauses, dafür zu sorgen, daß der

Herr Finanzminister, daß der Bund dieser seiner Verpflichtung endlich nachkommt! Aber wir konnten eben nicht zuwarten mit dem Aufbau gewisser Dinge, die die Voraussetzung für die Weiterführung der Wirtschaft in Niederösterreich sind. Wir neiden den anderen Bundesländern nicht, was sie bekommen haben, aber ich stelle hier fest, daß auch ich hoffte, daß im Jahre 1948 ein neues Finanzausgleichsgesetz für 1949 geschaffen wird, bei dem wir besser wegkommen und daß wir bei den Vorberatungen Gelegenheit hätten, auf das Mehr hinzuweisen, das andere bekommen haben.

Es ist betrüblich, daß für die Straßenbauten soviel Prozent der Ausgaben aufgewendet werden müssen. Vielleicht ist das ein Fingerzeig, daß eben der Anteil an den Bundesstraßen in unserem Lande noch zu gering ist, obwohl schon eine Besserung eingetreten ist. Und wenn Kollege Vesely die Gegenüberstellung macht, wieviel die Stadt Wien für die Straßenwiederherstellung aufwendet und wieviel Niederösterreich, so ist das ein Hauptfingerzeig und gibt uns Gelegenheit, bei den neuen Finanzausgleichsverhandlungen zu fragen: Wer befährt denn diese Straßen? *(Beifall bei der Volkspartei.)*

Herr Kollege Vesely, ich teile Ihre Meinung nicht, daß man Benzin und Mineralöltreibstoffe nicht besteuern soll, sondern ich sage ja, weil wir uns dann um die Anteile nicht raufen brauchen, wenn dieser Ertrag aus der Benzin- oder Mineralölsteuer nach einem gewissen Schlüssel auf Grund der Straßenerhaltung aufgeteilt wird. Dann ist es ganz gleich, ob die Bundesverwaltung die Straßen übernimmt oder nicht, die Hauptsache ist, daß dieser Aufteilungsschlüssel auf die Kilometer aufgebaut wird. Und ich sage, wer eine Straße viel befährt, der muß eben mehr zahlen. Es ist auch beim Strom so, wer mehr verbraucht, muß mehr zahlen. Auf diesen einfachen Standpunkt muß unsere Wirtschaft kommen, dann werden wir uns sehr viel Streit ersparen. Ich bin als Streiter nicht nur bekannt, ich möchte sagen, verrufen, aber in Dingen wirtschaftlicher Natur muß ich den Kampf auf ein Minimum herabführen und Wert legen auf das größte Ausmaß von Sachlichkeit und Untermauerung mit konkreten Zahlen.

Wenn schließlich von der Ernährung gesprochen wurde, so glaube ich, wer gerecht ist, muß sagen: Wie war es denn bei den vorjährigen Sitzungen vor Weihnachten? Welche Gefühle haben uns denn da beherrscht? Angst und Sorge, daß es zu viele in unserem Vaterland geben könnte, die sich auch an diesen hohen Festtagen — wie Kollege Vesely sagte, am Fest des Friedens — nicht sattessen können. Wenn heuer auch noch nicht alles beseitigt ist

— sagen Sie nicht wieder, ich hätte gesagt, es ist schon alles in Ordnung! —, so ist es doch schon besser geworden und eine Besserung müssen wir schon freudigst begrüßen. Wir wissen wohl, daß noch große Lücken da sind und ich teile die Meinung, daß man von den Kaloriensätzen ehebaldigst abgehen und gewisse Einheiten an Mehl, Fleisch usw. festsetzen sollte, weil ich glaube, daß man dann alle jene Dinge, die man heute schon mehr oder minder frei bekommt, aus den Kaloriensätzen ausschalten könnte, was unsere Bevölkerung nur freudig begrüßen würde.

Wenn gesagt wurde, es bestehe die Gefahr, daß wir im heurigen Winter zu wenig Kohle haben werden, dann sage ich, Ihrer Sorge, Herr Landesrat Genner, ist wohlweislich zu entgegnen, daß diese Sorge auch uns erfüllt. Aber auch wieder eine Gegenfrage: Ja, wer hat denn dazu beigetragen, daß es nicht möglich ist, die nötigen Kohlen hereinzubringen? Antwort brauche ich keine zu geben, weil es unser Volk samt und sonders weiß.

Was nun die Währungsreform, zu der Kollege Vesely gesprochen hat, anbelangt, so sage ich: Ja, die Währungsreform war eine harte Operation. Es kommt mir das so vor, als wenn jemand um die Rippe, die ihm bei der Operation herausgenommen wird, immer noch klagen würde, obwohl er ganz gut weiß, daß er mit dieser Rippe überhaupt nicht mehr leben könnte. Ohne diese Währungsoperation wäre auch unsere Währung in eine tiefe Kluft hinuntergestürzt und nicht nur zwei Drittel, sondern sämtliche Ersparungen wären verloren gewesen. Die Operation war wohl hart, aber sie war notwendig. Die Bevölkerung wird diese Operation so in der Erinnerung leichter tragen, als wenn man sagt: Diese Operation war nur dazu da, um das Volk zu bestehlen, wie manche sagen.

Bodenreform ist wohl selbstverständlich. Wir bekennen uns freudigst zu unserem Antrag. Wir wollen aber die Bodenreform so, daß zuerst alle notwendigen Voraussetzungen hierzu geschaffen sind. Es müssen also nach der Bodenreform alle Gründe, die aufgeteilt werden, wirklich besser bewirtschaftet werden können, als es bisher geschehen ist. *(Lebhafte Zustimmung rechts.)* Diese Voraussetzung muß geschaffen werden; dann ist es selbstverständlich, daß wir für die schrittweise Durchführung dieser für unsere gesamte Wirtschaft so wichtigen Maßnahme eintreten werden. Allmähliche, gleitende, niemals stürzende Bewegung möchte ich sie nennen, denn beim Sturz weiß man oft nicht, ob und wie man unten ankommt; wenn man aber so schön gleitet, ist einem wohliger zumute und ich bin für das Wohlige und nicht für das Katastrophenmäßige.

Wenn weiter gesagt wird, daß die NEWAG die Gemeinden schwer geschädigt hat, so sage ich auch Ja dazu. Aber es gibt über diese Frage verschiedene Meinungen, das ist auch in unserem Klub durchaus bekannt. Aber ich staune, daß diese Anklage hier von Leuten erhoben wird, die immer für die vollständige Sozialisierung eintreten. Wer etwas will, der muß es auf allen Gebieten wollen, aber nicht nur dort, wo es ihm gerade paßt. Was im Interesse der gesamten Bevölkerung gelegen ist, müssen auch die wollen, die den Weg, den die anderen zu gehen haben, bereits zurückgelegt haben.

Wenn nun noch die Nazifrage, die uns schon wirklich zum Überdruß wird, hier angeschnitten wurde, so sagen auch wir, daß zu viele der Unschuldigen noch immer in der Luft hängen. Es entsteht hier die Frage, wie lange sie noch das Hängen aushalten werden. Das ist darauf zurückzuführen, weil unsere Gesetzgebung — das sei kein Vorwurf, sondern eine Feststellung — aus den damals herrschenden innen- und außenpolitischen Verhältnissen dieses NS-Gesetz schaffen mußte. Daher sagen auch wir: Die Voraussetzungen für dieses Gesetz sind gefallen, daher ergibt sich die Bitte, in diesem und im anderen Haus alles zu tun, was notwendig ist, um diese Angelegenheit in der wohlwollendsten Weise zu behandeln. Wo es sich um kleine Nazi handelt — ich unterstreiche das, sonst heißt es morgen schon wieder: für die großen Nazi wird hier eine Lanze gebrochen — muß rasch gehandelt werden. Bei einer der vielen Vorsprachen wurde mir z. B. gesagt, das diesbezügliche Gesuch wurde erst im Frühjahr dieses Jahres eingebracht und es kann daher erst gegen Ende des Jahres 1949 zur Behandlung gelangen, weil dazu Plenarsitzungen stattfinden müssen. Hier hat es sich um einen Mann gehandelt, der durch zwei Monate NSV-Kassier war; der hat das Gesuch aus dem Grunde nicht früher eingebracht, weil er es überhaupt nicht für möglich gehalten hätte, daß er als belastet gilt. Dieser kleine Mann soll also seine Pension verlieren, obwohl er nachweislich nur zwei Monate bei der NSV gearbeitet hat und nachher wieder herausgeflogen ist. Er hat es verabsäumt, in den Akt der Bezirkshauptmannschaft Einsicht zu nehmen und gilt nunmehr als belastet. Stellen Sie sich nun vor, was das für ein Unrecht beinhaltet! Dieser Mann war vom ersten Weltkrieg her leicht kriegsbeschädigt, ist vorzeitig pensioniert worden und jetzt soll er noch dazu diese Pension verlieren, weil er kurze Zeit NSV-Kassier war. Laßt uns diese schwärende Wunde in unserem Volke endlich zur Verkrustung, wenn nicht zur Heilung bringen! Diese Arbeit für Minderbelastete ist gewiß des

Schweißes der Besten wert. Ich sage hier ein freies Wort: Es darf nicht so sein, daß jemand seine politische Gesinnung ändert, wenn er glaubt, als Minderbelasteter bei dieser oder jener Partei Vorteile zu erzielen. Die Parole hat doch immer gelautet: Freiheit, niemals Zwang und daher soll auch das Amnestiegesetz in großzügiger Weise gehandhabt werden, so wie bei der Einbürgerung. Man darf nicht immer sagen, daß Menschlichkeit zum Wählerfang und zur Stimmenvermehrung angewendet wird, das ist eine ungeheure Beschuldigung, die nicht aufrechterhalten werden kann.

Der Wohnungsbau ist in erster Linie Sache der Gemeinden. Zugegeben, aber in den bombenzerstörten Gemeinden ist der Wohnungsbau Sache des Bundes unter Mithilfe des Landes. Lieber Herr Kollege Vesely, ich sage Ihnen, die Erfahrung lehrt uns, daß nicht Ausschüsse und nicht Referate die Verbesserung bringen, sondern Ideen und Vorschläge. Es ist unmöglich, Forderungen zu erheben, wo uns doch im Finanzausschuß gesagt wird, daß unser Personal nicht einmal ausreicht, um die jetzt schon dringendsten Arbeiten für Wasserbauten und Schutzbauten durchzuführen, weil derzeit nicht einmal 25% der erforderlichen Fachbeamten zur Verfügung stehen. (*Zwischenruf links: Techniker fehlen!*) Jawohl, dort fehlen sie! Ich nehme sehr gerne die Belehrung an, aber ich habe nur von den Wasserbauten gesprochen und da meine ich eben die Fachbeamten.

Ich komme nun zur allgemeinen Beamtenfrage. Es ist gelächelt worden, wie der Referent gesagt hat, man bemühe sich, in den kriegsbedingten Ämtern eine Auswahl unter den Bediensteten zu treffen, um diese in die bleibenden Referate hinüberzuführen. Das ist sehr gut. Wir wissen, daß im Jahre 1945 sehr viele Arbeiter heimgekommen sind. An einen Wiederaufbau war nicht zu denken, Platz war nur in den kriegsbedingten Ämtern, im Ernährungsamt usw. Da hat sich der betreffende Heimkehrer gesagt, irgendeine Beschäftigung sei mir lieber als keine. Und diese Leute sollen wir nun jetzt abbauen? Vom Abbau soll man überhaupt möglichst wenig sprechen. (*Abgeordneter Koppensteiner: Ist das wirklich so, ich frage Sie!*) Mit dieser Frage weiß ich mir nichts anzufangen. Der Abbau soll ja unter Mithilfe aller geschehen, denn alle haben das Recht, mitzuhelfen. Wenn irgendwo ein geeigneter Fachmann vorhanden ist, werden wir ihn schon herausholen.

Wenn nun davon gesprochen wurde, ob neue Steuern möglich sein werden, dann glaube ich, daß uns in der nächsten Zeit nichts anderes übrigbleiben wird, als nach Möglichkeiten zu suchen, mögen sie auch noch so hart

sein, weil wir sonst unseren Verpflichtungen gerade im Rahmen des Wiederaufbaues nicht werden nachkommen können. Aber wir müssen den Mut aufbringen und erklären: Wenn wir diese Dinge so schaffen, dann wird sich das in den folgenden Zeiten so und so auswirken und dann wird es leicht sein, die aufbau-freudige Bevölkerung für diese Aktion zu gewinnen. Es ist nun einmal so, daß, wenn man sagt: Lieber Freund, augenblicklich geht es zwar hart her, aber wenn du mittust, wird es besser werden, er dann mitgeht.

Nun zu dem Anteil der Arbeiter und Angestellten an dem Ertrag der Steuern. Ich unterstreiche es hundertprozentig, daß der Hauptanteil der Steuereinnahmen derzeit aus der Lohnsteuer und aus der Umsatzsteuer stammt. Es ist schon so, daß man oft selber — ich nehme mich nicht aus — erst dann die Auswirkungen sieht, wenn die Tat gesetzt ist. Das ist in allen Dingen so. Es wird sich aber ständig zeigen, je schmaler die Plattform der freien Wirtschaft wird, desto größer werden die Lasten sein, die den Arbeitern und Angestellten aufgebürdet werden, wenn man das gleiche schaffen will. Wenn es also zu einer Gesamtverstaatlichung käme und man sagen würde, daß alles so billig erzeugt werden muß, daß es die Leute kaufen können und es darf kein Gewinn dabei sein, so muß man die Mittel doch von irgendwo hernehmen. Und wenn es keine freie Wirtschaft mehr gibt, dann müssen eben die gesamte Steuerlast die Arbeiter und Angestellten tragen. Das ist ein Rechenexempel, das genau so aufgeht wie zweimal zwei vier ist. Dann wird man eben von den glücklichen Benützern irgendeiner technischen Errungenschaft, ob das nun gute Straßen sind oder elektrischer Strom, verlangen müssen, daß sie dazu beitragen, daß auch die anderen dieser Begünstigung teilhaftig werden.

Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Ich hätte normal noch etwas mehr über den Voranschlag als solchen gesagt. Nun hat aber der Herr Abg. Vesely einen Ausflug in das nächste Jahr gemacht und von den bevorstehenden Wahlen gesprochen. Ich bin ehrlich genug zu sagen, daß ich seine Meinung, seine Sehnsucht teile, daß dieses Jahr der Entscheidung in unserem Volke keine Siedehitze der Leidenschaften erzeugen möge. Vielleicht ist es gut, daß Herr Abg. Vesely heute hier feierlichst erklärt hat, daß Sozialismus und Diktatur einander ausschließen. (*Zustimmung bei den Sozialisten.*) Die Erfahrung lehrt uns, daß das nicht immer so war. Aber es genügt mir die Feststellung, daß das für Sie ein Glaubenssatz geworden ist. (*Ruf bei den Sozialisten: Immer gewesen!*)

Der Herr Abg. Vesely hat auch gesagt, daß da arge Entgleisungen vorgekommen sind. Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Es ist schon meine Gewohnheit, daß ich mehr die anderen Zeitungen und Zeitschriften lese als die eigenen. Es ist so, weil leider die Zeit nicht reicht, um die Nachrichten aller drei Teile so zu lesen, wie man es sollte. Da muß ich schon sagen, daß es mich manchmal niedergeschmettert hat, wenn ich so gewisse Feststellungen, sei es zu Zeiten der Urneneinholung oder zu Zeiten von Parteitag, immer wieder gefunden habe. Ich habe es immer mit besonderer Sorgfalt gelesen und studiert, weil man bei solchen Anlässen dem Herzen freien Lauf läßt und das alte Sprichwort sagt, „wes das Herz voll ist, des geht der Mund über“ und bei solchen Gelegenheiten ist einigen Herren der Mund ganz gewaltig übergegangen. Ich muß sagen, daß aber die Äußerungen des Herrn Abgeordneten Vesely mit diesen Erklärungen nichts zu tun haben. Wir müssen uns einmal zu dem ehrlichen Bekenntnis durchringen, daß es durch Fehler hüben und drüben zu den Unglücksjahren gekommen ist; ich gebe auch Mißverständnisse zu, es war vielleicht oft gar nicht so gemeint, aber die Fehler wurden eben auf beiden Seiten gemacht.

Ja, Herr Abg. Vesely, Sie werden vielleicht lächeln, aber ich muß hier ein praktisches Beispiel anführen. Ich habe einen begeisterten Anhänger der Friedensliga in Wiener Neustadt an dem unglücklichen Tag gesehen, als die Feuerflammen vom Justizpalast zum Himmel schlugen. Da ist er vom Anhänger dieser Liga zum fanatischen Kämpfer geworden. Warum sind Sie nicht so gerecht, einzusehen, daß eben auch bei uns viele geglaubt haben, andere Formen wählen zu müssen, um dem auszuweichen, was sie nicht wollten. Ich sage nochmals, Fehler bei uns werden einbekannt, aber Herr Kollege Vesely, dieser Geist der ehrlichen Zusammenarbeit wird sich erst dann wirklich zeigen können, wenn wir auch auf der anderen Seite einmal diese Worte vernehmen. Ich warfe sehnsüchtig darauf, weil ich glaube, daß wir dann ein Kapitel der unglücklichsten und unseligsten Geschichte unseres Volkes beenden und mutig, frei und unbeschwert miteinander in die Zukunft schreiten könnten, in eine bessere, schönere Zukunft. Aber zuerst muß diese Gewissenserforschung auf beiden Seiten angestellt werden.

Schauen Sie, ist das gerecht, wenn Sie sagen, Blutopfer nur auf der einen Seite? Haben nicht auch Leute unserer Richtung, unserer Weltanschauung Blutopfer gebracht? Gerade der Mann, der auch heute noch als der Ehrlichste gilt, war — ich spreche es aus — das erste Blutopfer für die Freiheit unseres Vaterlandes.

Ich weiß, daß man über die Dinge verschiedener Meinung sein kann. (*Zustimmung rechts. — Zwischenrufe links.*) Ich habe Sie ruhig angehört. Sie werden mich nur durch Ihre Zwischenrufe zu längeren Ausführungen zwingen. (*Zwischenruf links: Da greifen wir in ein dunkles Kapitel!*) Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Gibt es nicht in Ihrer Partei (*zu den Sozialisten gewendet*) jetzt wieder Spannungen, innere Spannungen, die dazu führen, rücksichtslos angesehene Führer der Partei über Bord schmeißen zu müssen? (*Zwischenrufe links: Wir sind eine freie Partei!*) Wenn einmal die Spannungen zu groß sind, dann entschlüpfen uns die Mächte, die wir jetzt noch bändigen könnten. Helfen wir alle ehrlich zusammen, daß wir diese Spannungen lösen, dann wird es solche Dinge überhaupt nicht mehr geben. Es geht eben nicht an, meine sehr verehrten Frauen und Herren, daß man nur dann von der Demokratie begeistert ist, wenn man in der Minderheit ist. Lassen Sie uns Taten sehen! (*Zwischenrufe links: Sie waren doch Bürgermeister von Wiener Neustadt!*) Jawohl! (*Zwischenruf links: Dort haben Sie nicht die Mehrheit gehabt. Sie werden doch nicht sagen, daß Sie dort die Mehrheit gehabt haben, denn Sie waren eingesetzter Bürgermeister!*)

3. PRÄSIDENT: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Abg. ZACH (*fortfahrend*): Aber eines sage ich Ihnen jetzt, ich rufe Sie als Zeugen auf. Bringen Sie einen Zeugen, der durch mich geschädigt wurde, dazu rufe ich Sie jetzt auf. (*Abg. Koppensteiner: War das die Mehrheit, die Sie hingesetzt hat?*) Niemand wurde geschädigt, nur geholfen wurde! Das stelle ich heute zum erstenmal öffentlich fest! (*Zwischenruf links: Das hat Hitler auch gesagt!*) Hier sitzt ein Kronzeuge, der erst vor einigen Tagen das wiederholt hat. Ich gebe zu, daß Ungerechtigkeiten geschehen sind, die aber von höherer Stelle gekommen sind. Ist es Ihnen immer möglich gewesen, alles, was Sie nicht mit Ihrem Herzen bejahen konnten, zu verhindern, wenn die Sache bereits im Laufen war? Ich sage: Vorbeugen ist das einzige Rezept, aber nicht dann, wenn es schon geschehen ist. Wer eine Kugel hinauspeifen läßt, ist für alle Dinge mitverantwortlich, die geschehen. Ich bin an dem berühmten Tag mit Vizebürgermeister Brand zu einer Zeit, wo noch die Sozialisten die Mehrheit hatten, im Rathaus gesessen, um die Wellen, die sich von der Steiermark herauf ergießen wollten, aufhalten zu helfen. Das sind Tatsachen, meine Herren! Kränken können Sie mich nicht, weil mein Gewissen in dieser Beziehung vollkommen rein ist. Der jetzige Bürgermeister, von dem ich einen Beweis verlangt

habe, hat mir darauf erwidert: Das habe ich nur gehört! Wenn das ein Mann von draußen sagt, der nicht die Möglichkeit hat, sich zu überzeugen, dann lasse ich es gelten. Wenn es aber ein Mann ist, der sich von den Tatsachen überzeugen kann, dann ist eine solche Äußerung unverzeihlich. Dieser Grundsatz gilt mir auch in der Zukunft als Leitstern. (*Zahlreiche Zwischenrufe links.*) Sie können mich wohl niederbrüllen, aber das ändert nichts an der Tatsache. Ich würde Ihnen lieber sagen: Es trennt uns nur ein kurzer Schritt von irgendeiner Sache, die wir jetzt sehr bekämpfen. Zu dieser Sache habe ich noch weniger Zutrauen. Zwingen Sie mich nicht — ich will es nicht — auch solche Feststellungen zu machen. Ich habe Sie niemals gemacht, auch in Anwesenheit von Leuten nicht, wo ich es hätte ruhig tun können. In jeder großen Familie gibt es manchmal Entgleisungen, das gebe ich frank und frei zu.

Wenn gesagt wird, daß wir die Zusammenarbeit jetzt schon in Frage stellen, dann sage ich: Es ist der Zusammenarbeit nicht förderlich, wenn man Worte hört, wie es z. B. geschehen ist: „Was wir wollen, muß geschehen, denn sonst steht das ganze Werkel still.“ (*Abgeordneter Vesely: Das sollen Sie nicht sagen, das ist nicht im Hause hier gesagt worden!*) Ich habe auch diese Äußerungen wegen Schüler und Lehrer nicht in diesem Hohen Hause gemacht und es wäre besser gewesen, Sie hätten diese Äußerung hier nicht erwähnt. Sie haben gesagt: „Wer waren die ersten Rufer nach der Freiheit in diesem Lande“ und Sie haben selber die Antwort gegeben: „Die Sozialisten waren es.“ Ich habe wörtlich darauf gesagt: „Ich teile die Meinung nicht, weil auf unserer Seite ebenso viele Rufer waren.“ Dann haben Sie gesagt: „Die Presse“ und da habe ich gesagt: „Da hat der Meister, weil der Sohn noch nicht auf der Welt war, die Führung gehabt, aber seit der Sohn, die „Tageszeitung“, auf der Welt ist, hat sie den Meister übertroffen.“ (*Zwischenruf: Das war gestern im Finanzausschuß!*) Aber das ist die Tatsache! Es ist ganz etwas anderes, wenn ich von zwei Zeitungen spreche, von denen die eine erst später auf die Welt gekommen ist. (*Zwischenruf links: Das „Kleine Volksblatt“ ist schon früher auf die Welt gekommen!*) Ich habe gerade diese Artikel sehr gut aufgehoben, aber ich habe nur davon gesprochen, weil eben Namensnennung erfolgt ist.

Es ist weiter sehr viel vom Wiederaufbau gesprochen worden. Der Wiederaufbau der Industrie ist ganz selbstverständlich. Wer wollte den Wiederaufbau der Industrie nicht? Es gibt kein Leben, kein gutes Leben, zumindest kein menschenwürdiges Leben in un-

serem Vaterlande, wenn die Industrie nicht aufgebaut wird. Wir haben gehört, es gibt nur in der Landwirtschaft einen Wiederaufbau größeren Stils. Dieser Wiederaufbau wird aus den eigenen Mitteln der Landwirtschaft getragen und wir sind weit davon entfernt, zu verlangen, daß der Wiederaufbau der Landwirtschaft auf den Wiederaufbau der Industrie drückt. In der Landwirtschaft sind die Gebäude wohl zerstört worden, der Grund und Boden aber ist geblieben; daher ist in der Landwirtschaft der Wiederaufbau leichter. Der Industrie sind nicht nur die Gebäude, sondern, ich möchte sagen, überhaupt die Möglichkeiten der Erzeugung selbst genommen worden, weil sämtliche Maschinen entweder zerstört oder abmontiert wurden. Der Wiederaufbau in der Industrie ist daher viel schwerer und man geht zu weit, wenn man sagt, hier steckt ein böser Geist dahinter. Da müssen ganz große Hilfsmaßnahmen von woandersher kommen, damit wir imstande sein werden, den richtigen Wiederaufbau der Industrie durchzuführen. Ich für meine Person bin fest davon überzeugt, daß auch die Schaffung eines Wiederaufbaureferates noch nicht sehr viel hätte leisten können, weil eben die Mittel gefehlt haben. Das soll aber nicht sagen, daß ich dagegen bin. Auch ich bin dafür, daß ein solches Referat geschaffen wird, aber nur dann, wenn die Voraussetzungen dazu gegeben sind. Mir ist es auch ganz gleich, unter welcher Leitung dieses Referat steht. Ich sage aber nochmals, das Referat allein tut es nicht, die Ideen, die Vorschläge machen erst den Betrieb und den Erfolg dieses Referates aus. Wenn die Zeit gekommen ist, werden wir uns mit aller Kraft für den Wiederaufbau der Industrie einsetzen. Wenn aber noch nicht einmal die Ingenieure vorhanden sind, um die schon begonnenen Bauten durchzuführen, weil eben die Projekte nicht ausgearbeitet werden können, dann können wir nicht noch etwas beginnen, das schon von vornherein zum Scheitern verurteilt ist, weil eben die Leute zur Durchführung fehlen.

Nun zur Staatspolitik! Ja, meine sehr verehrten Herren, bilden Sie sich wirklich ein, daß irgend jemand glaubt, daß unsere Partei nicht Staatspolitik im höchsten Ausmaß treibt? Daß uns das aber unterstellt wurde, ist eine Degradierung der größten Partei. Es würde einen Sturm bei Ihnen auslösen, wenn das in einer Körperschaft gesagt würde, wo Sie die Mehrheit haben. Ich war zufällig Minderheitenvertreter und habe die Methoden an uns ganz genau zu spüren bekommen. (*Abg. Wondrak: Sie haben uns vorgeworfen, daß wir keine Staatspolitik machen, und dagegen hat sich der Abg. Vesely gewehrt! Ihnen hat er das gar nicht vorgeworfen!*) Ich habe nur von

den Parteimethoden gesprochen! (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*)

3. PRÄSIDENT: Ich bitte, den Redner nicht so oft zu unterbrechen!

Abg. ZACH (*fortfahrend*): Der Kollege Vesely hat gesagt, die Volkspartei wird nervös. Wenn ich jetzt feststellen will, wo die Nervosität ist, so muß ich sagen: bei uns war bei diesen Ausführungen geradezu eine stoische Ruhe! Keine Spur von Nervosität, nur Ruhe. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sie sind bloß ein Rufer!*) Ich habe gesehen, Herr Landeshauptmann, wie es bei Ihnen ist, wenn an den Nerven gerüttelt wird! Das sehe ich als Laie. (*Landeshauptmannstellvertreter Popp: Sie sind überhaupt nicht laut! — Heiterkeit.*) Jeder in seiner Art, dann ist es demokratisch!

Ja, meine Herren, wir sind für Lehrlingsheime, aber nur dort, wo die Meisterlehre nicht ausreicht und wo es sich rein um die Wohnungsverhältnisse handelt. Es ist aber billiger und der Sache dienlicher, wenn wir bei der altbewährten Meisterlehre bleiben. Ich gebe zu, daß es ganz unerhört traurig ist, daß so viele Jugendliche keinen Lehrplatz finden. Da hat man auch gemeint, daß das darauf zurückzuführen ist, daß sich zu viele zu den Professionistenberufen drängen. Ich glaube nicht, daß das ganz stimmt und daß die Landflucht u. dgl. darin ihren Ausdruck findet. Ja, ich glaube vielmehr, daß die mit der Lehrlingshaltung verbundenen übergroßen Lasten von vielen selbständigen Handel- und Gewerbetreibenden nicht mehr getragen werden können.

Ein praktisches Beispiel hat sich dafür in den letzten Tagen zugetragen. Eine Witwe kam zu mir und sagte: Ich habe zu der Zeit, wo mehr zu tun war, zwei Lehrlinge zugewiesen bekommen. Jetzt bin ich nicht mehr in der Lage, die beiden Lehrlinge halten zu können, weil ich nicht mehr genug Arbeit habe, ich muß sie aber behalten. Vom sozialen Standpunkt muß ich sagen: Ja, du mußt die Lehrlinge jetzt behalten, bis sie ausgebildet haben. Wenn aber ein Gewerbetreibender nachweisen kann auf Grund seiner genauen Steuererklärung, auf Grund seines genauen Umsatzes, daß sein Geschäft nicht mehr in der Lage ist, zwei Lehrlinge zu erhalten, dann hat eben die übergeordnete Stelle einzuspringen. Vielleicht müßte man eine Art Lehrlingsausgleichskasse schaffen, um daraus solche Meister, die den Lehrling nachweisbar nicht mehr halten können, zu unterstützen. Die Wege werden freilich verschieden sein. Selbstverständlich müssen wir uns um diese Dinge kümmern, weil es meine heiligste Überzeugung ist, daß nur die beste Schulung es unserer Jugend ermöglichen wird,

in der Zukunft den schweren wirtschaftlichen Kampf — erschrecken Sie nicht —, der erst anheben wird, bestehen zu können. Es ist eine arge Täuschung, zu glauben, daß wir in dieser Beziehung schon über dem Berg sind. Nein, der schwere wirtschaftliche Kampf setzt erst ein, wenn der große wirtschaftliche Kampf auf dem Weltmarkt einsetzt, und auf diese Zeit müssen wir uns vorbereiten und unserer Jugend daher eine möglichst tiefgründige, gute Schulung auf allen Gebieten gewähren.

Wenn ich jetzt zum Schluß komme, sage ich: Du österreichisches Volk wirst im nächsten Jahr wieder aufgerufen, um entscheidend mitzustimmen über die Gestaltung unseres Vaterlandes. Mitbestimmen sollst du und daher sage ich, ein Volk wird nur dann freudig mitstimmen, wenn man diesem Volk die größtmögliche Mitbestimmung bei der Erstellung der Vertreter einräumt. Für uns ist es kein taktisches Manöver, daß wir für die freie Liste eintreten. Nein, wir sind überzeugt, es ist bei Ihnen wie bei uns die gleiche Klage, daß besonders die Jugend abseits steht und vom politischen Leben und Geschehen nichts wissen will. Und da hat man ihr eine gute Ausrede gegeben. Wenn man fragt: Warum tust du nicht mit?, kommt die Antwort: Na, es gibt ja eh keine Möglichkeit, daß ich mitbestimmen kann, mitarbeiten, glaube ich, tät' euch schon passen, aber mitbestimmen dürfen wir nicht. Dann müßte ich sagen können, ja, lieber Freund, du hast die Möglichkeit, wenn du willst, kannst du mitbestimmen. Und ob diese Auswahl von unten kommt oder die Vorschläge von oben kommen und dann das Volk dazu Stellung nimmt, ist mir ganz gleichgültig. Aber eine größere Mitbestimmung der Bevölkerung wird die opferfreudige Mitarbeit der Bevölkerung bringen.

Ich erinnere mich lebhaft an meine Jugend. Wir haben gerade dieses Beispiel damals ausprobiert und durchexerziert. Binnen vier Monaten ist die Jugend, die zuerst nichts davon wissen wollte, mitten drinnen gestanden, ist wirklich lebendig geworden und das wollen wir auch heute erreichen. Wir wollen diese Indifferenten umwandeln, denn es ist unsere Überzeugung, daß die Demokratie steht und fällt mit dem Grad der Mitbestimmung der Bevölkerung. Demokratie kann auf die Dauer nur leben, wenn sie lebendig ist. Maschinen sind an sich nicht die besten Einrichtungen,

wenn nicht die Schmiere und der Motor da ist, der sie treibt. Und Parteimaschinen werden nur gut funktionieren, wenn immer wieder dieser Auftrieb von unten zu verzeichnen ist. Und nur deswegen sind wir für gelockerte Listen.

Wenn man sich dagegenstellt, dann werden wir als Partei doch den Versuch unternehmen, der Bevölkerung zu zeigen, wie man es machen kann. Dann werden wir sehen, wie sich die Bevölkerung dazu stellt, wir werden sie praktisch zu dieser Frage Stellung nehmen lassen und ich bin fest überzeugt, daß dadurch unserer Partei neue Anhänger zuströmen werden.

Wenn ich parteiegoistisch eingestellt wäre, würde ich das jetzt noch nicht sagen, sondern würde es mir aufheben bis zwei Monate vor der Wahl, aber weil ich sage, Staatspolitik kann nicht auf die Dauer durch eine Partei gemacht werden und Demokratie heißt Zusammenspiel aller Kräfte, aller lebendigen Kräfte unseres Volkes, daher will ich in allen Parteien diese Lebendigkeit sehen. Das wünschen wir, weil es sicherlich im nächsten Jahr anlässlich der Wahlen einen harten Kampf setzen wird. Herr Landeshauptmann, ich bin fest davon überzeugt, wenn es im nächsten Jahr zu den Wahlen kommen wird, dann wird die niederösterreichische Bevölkerung sagen: Dieses Land Niederösterreich war gut geführt, war gut verwaltet. Wir sind fest überzeugt davon, wenn der Hauptschutt weggeräumt ist, der Aus- und Aufbau der Wirtschaft, unserer sozialen Einrichtungen und aller Dinge, die notwendig sind, damit sich unser Volk wohlfühlen kann, besser funktionieren werden, daß die Österreichische Volkspartei im neuen Landtag stärker vertreten sein wird als in diesem Landtag. *(Beifall rechts.)*

3. PRÄSIDENT: Ich schließe die heutige Sitzung.

Die Verhandlungen über den Voranschlag 1949 werden morgen, Donnerstag, den 16. Dezember 1948, um 10 Uhr vormittags fortgesetzt. Die beiden noch vorgemerkten Redner kommen daher morgen zum Wort.

In fünf Minuten findet eine vertrauliche Sitzung des Landtages statt. Nach der vertraulichen Sitzung tagt im Herrensaal der Schulausschuß.

Die Sitzung ist geschlossen.

*(Schluß der Sitzung um 17 Uhr 46 Min.)*